

Pöfener Zeitung.

Nemundstebigler

Jahrgang.

Donnerstag, 2. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Bureau:

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. H. H. & Co. —
Hanselmann & Vogler, —
Kudolph Wölfe.

In Berlin, Dresden, Stettin

beim „Invalidenbank“

1876.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 3 Uhr
Nachmittags angenommen.

Annoncen-
Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wochenpreis 16.)
bei G. L. H. H. & Co.
Breitestraße 14.
Osnabrück bei Th. Spindler,
Graz bei L. Streifand,
Breslau bei Emil Kahlth.

Nr. 155.

Das Abonnement auf diese Zeitung drei Mal
wöchentlich beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Vom Landtage.

18. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 1. März, 11 Uhr. Am Ministerische: Camphausen,
Geh. Oberfinanzrath Hoffmann, Richter u. A.
Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Inter-
pellation des Abg. Schmidt (Sagan):

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1875 hat
der Kultusminister erklärt, daß die Frage des Patronats
noch in Bezug auf die Einbringung eines Patronatsgesetzes und
der Vorzüge der Einbringung der Patrone in weiterer
Beratung stehe und er es für nöthig erachte, die vorhandenen
Sachen der Lösung dieser Aufgabe zu widmen. — In dieser Session
jedoch in Bezug auf die Einbringung eines Patronatsgesetzes und
Zeitpunkt, wann dieselbe in Aussicht genommen ist, noch nichts be-
stimmt worden. Ich erlaube mir daher die Anfrage an die königliche
Regierung zu richten: ob und wann die Einbringung einer sol-
chen Gesetzesvorlage beabsichtigt wird, beziehentlich: wie weit die Vor-
arbeiten gediehen sind?

Abg. Schmidt (Sagan): Der Antrag auf Aufhebung des Pa-
tronats ist schon wiederholt dem Hause gestellt worden. Nachdem
hierauf gerichtete Petitionen in den Jahren 1861 und 1862
Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden, wurde 1869 von
Abg. v. Böttner und vor 2 Jahren von dem Abg. v. d. Knefbeck und
mir ein bestimmter dahinzielender Antrag gestellt, welcher letztere indes
mehr zur Verhandlung im Hause gelangt ist. Der Kultusminister
hat im vorigen Jahre bei der Interpellation erwähnten Erklärung
Bemerkung hinzu, daß in dieser, gegenwärtigen Session die Er-
klärung dieser Frage allerdings noch nicht in Aussicht zu stellen sei,
weil leider scheint sich das Bewährte zu halten, da der § 20 des
Landtagsordnungs-Gesetzes die bestehenden Verhältnisse des Patronats
nicht aufhebt. Nun sind allerdings sowohl durch die Organi-
sations-Gesetze der Selbstverwaltung als auch insbesondere durch das
Gesetz vom 20. Juni 1875, betreffend die Verwaltung des Kirchenver-
mögens der katholischen Gemeinden die Patronatsrechte im einzelnen
nachgeordnet und aufgehoben worden. Unzweifelhaft entspricht
eine solche einseitige Rücknahme und gelegentliche Modifikation und
Aufhebung nicht dem Wortlaut des Artikels 17 der Verfassung, wel-
cher ein bestimmtes diese Frage regelndes Gesetz in Aussicht stellt. Wir
sind also absolut obligatorisch Aufhebung des ganzen Instituts
die allein richtige Maßregel. Das Patronat mag in früherer Zeit
eine gute Dienste geleistet haben; aber es paßt gegenwärtig durch-
aus nicht mehr in das unserer Kirchenverfassung zu Grunde gelegte
Prinzip, in das der Selbstverwaltung. Ein freies, gesundes
und fröhliches Gemeindeleben ist untrennbar verbunden mit dem Rechte
der Herrschaft. Seitens der Gemeinden (Vereine richtig!) In
den meisten Gemeinden des Landes stehen sich gegenwärtig der Patro-
nat und die Gemeinde, weit entfernt davon, gemeinsam die ge-
meinsamen Ziele zu verfolgen, als natürliche Feinde gegenüber, von
den immer der eine dem anderen möglichst viel aufzubringen und
den großen Abbruch zu thun sucht. Die Lasten der Patrone
sind naturgemäß mit den Lasten der Gemeinde und häufig in fol-
gender Weise, daß dadurch die Patrone geradezu ruiniert werden. Der
v. d. Knefbeck theilte mir einen Fall mit, wo ein Ritterguts-
besitzer durch die Lasten seines Patronats gezwungen wurde, nach
Amerika auszuwandern, und unlängst wurde mir aus Schlesien be-
richtet, daß ein Rittergutsbesitzer, noch dazu ein Kammerherr (Heiter-
mann), um der Patronatslasten willen zu werden, sein Gut einem belie-
bigen Bettler oder Hakenknecht für 5 Thlr. verkauft hat. (Heiterkeit.)
Anschauung, man müsse die Patronatsrechte aus konservativen
Gründen aufrechterhalten, ist völlig verfehlt. Man kann einem
nicht neues Leben einhauchen, welches in sich keine Lebenskraft
mehr besitzt und dem ganzen Strom der Zeit entgegensteht.
Aber im konservativen Interesse ist es, daß wir uns in unseren Be-
ziehungen auf den Boden der Selbstverwaltung stellen. Nur auf die-
sem Boden können wir unseren Einfluß auf die Weitergestaltung der
Verhältnisse sichern. Unsere Interpellation hat im Uebrigen nicht
den Kultusminister zu drängen und das für den Augenblick
von ihm zu verlangen. Wir sehen die Sache allerdings
eine dringliche und vorzugsweise zu erledigende an, wünschen aber
nichts weiter, als eine nähere Auskunft darüber, in welchem
Stadium sich diese Angelegenheit im Schooße des Ministeriums be-
finde.

Kultusminister Falk: Der Vorredner hat in seiner Interpellation
Erklärung vom vorigen Jahre ein wenig zu absolut wiedergegeben.
Ich habe damals nur erklärt, daß ich die Regelung der Patronats-
frage für dringlich halte als die zu jener Zeit von dem Abg. v. Böttner
gehaltene Kirchensache. Ich war es mir, daß ich bereits damals
vom Vorredner erwähnten Zusatz gemacht habe, da sonst vielleicht
Erwartung und Hoffnung auf sehr baldige Vorlage eines Pa-
tronatsgesetzes in noch höherem Maße getäuscht worden wäre. In
dieser Session habe ich mich bestimmt dahin
ausgesprochen, daß die Entwicklung der Dinge die Beilegung des
Patronats dringend erfordere. Für die endgültige Lösung dieser Frage
ist es mir beabsichtigt, ein ausführliches Material über die tatsächlichen
bestehenden Verhältnisse in Bezug auf das Patronat zu sammeln und
zu veröffentlichen, und da stellt sich die Sache keineswegs als so leicht heraus,
wie der Vorredner es sich denkt. Ich kann mit Frey erklären: es
ist in Bezug auf die Rechte und die Pflichten des Patronats keine
einfache Variante und keine denkbare Kombination, die nicht thätig
in einem großen Theil der Bezirke des Landes besteht. Die
Lösung dieses Materials, welches gegen Schluß des vorigen Som-
mers vollständig vorhanden war, ist sofort in Angriff genommen
worden. Der historische Gang, den die Entwicklung dieser Verhält-
nisse genommen, ist möglichst klar gestellt und alle Fragen, die zur
Entscheidung in einer definitiven Gesetzesvorlage kommen müssen, sind
schon jetzt scharf und speziell fixirt worden. Nachdem diese Arbeit von
meinen Mitarbeitern ausgeführt worden, hat sie
meinen Prüfung der zu dieser Angelegenheit berufenen übrigen
Mitglieder. Seitdem hat die Zeit nicht ausgereicht, um nach irgend
einer Richtung hin einen bestimmten Beschluß fassen zu können. Ich
erlaube mir nur in der Lage, Ihnen ein kleines Bild von den Fragen
zu geben, die hier zu lösen sind und vor deren Beantwortung ich trotz
Schwierigkeit nicht zurückbeuge. Wenn das Patronatsrecht auf-
gehoben wird, so entsteht zunächst die Frage: wie ist die Beilegung
der bestehenden Pflichten ohne Ungerechtigkeit gegen die eine
oder andere Seite durchzuführen? Der Vorredner meint, man
sollte diese Rechte und Pflichten gegenseitig kompensiren; aber
das geht doch durchaus nicht. Wir haben zunächst große Landes-
herren, wo wesentlich nur Rechte vorhanden sind und gar keine Pflich-
ten. Andererseits umgekehrt solche, wo ganz unerhebliche Rechte er-
streckt werden. Zwischen diesen beiden Extremen giebt es
kaum eine einzige Stufe oder Kombination, die nicht in den

tatsächlichen wechselseitigen Verhältnissen ihren realen Ausdruck fände.
Es geht schrittweise mit den Rechten aufwärts und den Pflichten ab-
wärts und ebenso umgekehrt. Wir haben nur einen einzigen kleinen
Distrikt, wo diese Verhältnisse einfach und klar sind; das ist Nord-
Schleswig, wo das dänische Recht gilt. Dort ist nämlich der
Patron auch Eigentümer der Kirche und Erbeher der Kirchen-
renten für seine eigene Tasche, in Folge dessen hat er sämtliche
Bausachen — um diese handelt es sich fast allein — selbst zu tragen.
Sodann dürfen wir nicht vergessen, daß die Rechte des Patronats kei-
neswegs überall auf die Gemeinde übergehen können. Ein Theil ist
nämlich später, wenn er dem Patron genommen ist, der Natur
der Sache nach unauslöslich und erlischt ganz einfach. An-
dererseits ist nicht zu verkennen, daß wenn die Patronatsrechte auf die
Gemeinde übergehen sollen, derselben neue und schwere Lasten erwach-
sen, wofür sie rechtlich eine Entschädigung verlangen kann; da nun
der Patron in diesem Falle der Erleichterte ist, liegt es nahe, daß er
die Entschädigung zu leisten habe. Dann kommt der folgende, ganz
seltsame Zustand heraus: das Patronat wird aufgehoben, d. h. der
Patron verliert alle Rechte und eben dafür muß er nicht unerhebliche
Summen aus seiner Tasche bezahlen. Umgekehrt muß aber auch die
Frage erwogen werden, ob es nicht geboten sei, demjenigen, dem eine
Anzahl innegehabter Rechte genommen wird, dafür eine Entschädigung
zu gewähren. Wie soll aber diese berechnet werden? In dieser Be-
ziehung sind die mannigfachen und komplizirtesten Vorschläge gemacht
worden, die ich hier nicht einzeln vorführen will. Mag man aber
diese Entschädigungsfrage entscheiden wie man will, dem einen oder
dem andern Theile werden immer nicht unerhebliche neue Pflichten
auferlegt werden müssen, und die jetzige Zeit und die wirtschaftliche
Lage des Landes fordert dringend dazu auf, hier mit Ernst und großer
Vorsicht zu Werke zu gehen. Es sind in Bezug auf die Prästati-
onsfähigkeit der Gemeinden wegen Uebernahme dieser Pflichten bisher
nur Behörden gehört worden und es tritt an uns die dringende
Pflicht heran, auch die Gemeinden selbst hierüber zu hören und sie
aufzufordern, sich über Gesichtspunkte, die in dem definitiven Gesetz
zum Ausdruck gebracht werden sollen, zu äußern. Schließlich ist noch
ein Moment politischer Natur zu berücksichtigen, welches insbesondere
die katholischen Gemeinden betrifft, das ist die Fürsorge, die getroffen
werden muß, daß durch die Aufhebung der Patronatsrechte nicht die
Hierarchie, sondern die Gemeinde gewinnt. Es kann in dieser Hinsicht
die Frage nicht abgewiesen werden: ist es nicht billig und politisch
gerechtfertigt, erst die weitere Entwicklung der jüngsten Kirchenver-
fassung abzuwarten, die ja überhaupt erst nach Verlauf eines gewissen
Zeitraumes sich zeigen kann. Durch die zwei hier in Frage kommen-
den Gesetze des Jahres 1874 ist es dem Staate allein möglich ge-
worden, solche Patrone, welche ein Patronatsrecht nicht besitzen, seinerseits
besetzen zu können. Es erscheint noch nicht gerechtfertigt, diese Befug-
nis des Staates ohne weiteres aufzugeben. Ich kann auch heute,
m. H., Ihnen noch keinen bestimmten Termin nennen, an welchem die
Aufhebung des Patronats durch ein definitives Gesetz ausgesprochen
werden kann.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.
Es folgt der Antrag des Abg. Schmidt (Sagan), be-
treffend die Beilegung der fiskalischen Brückenzölle.

Abg. Schmidt: Im vorigen Jahre überwies das Haus einige
Petitionen der Staatsregierung, damit sie prüfe, inwieweit eine Auf-
hebung der Brückenzölle zulässig erscheine. Neulich kam der Abg.
Göhrer bei der Staatsberatung wieder auf diese Frage zurück, erhielt
aber vom Regierungskommissar eine ablehnende Antwort mit dem
kurzen Bemerkung, daß finanzielle und sachliche Gründe der Aufhebung
entgegenstünden, und auch durch die Aufforderung des Abg. Windthorst
sich sich der Kommission nicht veranlaßt, auf eine weitere Be-
gründung einzugehen. Diese kurze Abweisung kann uns aber durch-
aus nicht befriedigen. Die finanziellen Bedenken können weder ab-
solut, noch bei der jetzigen Finanzlage maßgebend sein; denn der Aus-
fall von 120,000 Thalern kann für einen so großen Staat wie Preußen
nur wenig bedeuten, und außerdem würde durch den Fortfall der
Hemmung der Verkehr einen größeren Aufschwung nehmen und den
Ausfall indirekt decken. Die sachlichen Gründe, die im Vorjahre vom
Regierungskommissar angeführt wurden, gehen wesentlich dahin, daß
die Brücken im Gegensatz zu den Chausseen dem Lokalverkehr dienen,
und daß die Einnahmen in der Weise auf die Provinzen ungleich ver-
theilt seien, daß das Rheinland allein 37,000 Thlr. und speziell die
düsseldorfer Brücke 20,000 Thlr. einbringe. Aber die Chausseen dienen
ebenfalls zum großen Theil dem Lokalverkehr, und die Einnahmen der
verschiedenen Chausseestellen sind ebenfalls höchst ungleich; das Har-
lottenburger Chausseebau z. B. brachte allein 23,000 Thlr. jährlich.
Wenn man also die Chausseegelder aufheben konnte, so liegt auch kein
Grund vor für das Fortbestehen der fiskalischen Brückenzölle, be-
sonders da sich die Sachen in der letzten Zeit noch bedeutend schwie-
riger gestaltet haben, weil die Regierung mit der Aufhebung der
Brückenzölle bei einzelnen Brücken im Vorjahre vorgegangen ist.
Der Kommissar erklärte allerdings, daß man das Prinzip befolgt
habe, die Abgaben für die weitest einträglichen Brücken abzuschaffen;
aber das mag ja finanziell sehr gut sein, gerecht jedoch kann man dies
Vorgehen nicht nennen. Die vielen Petitionen, welche in Bezug auf
diese Frage dem Hause vorliegen, sowie die vielen Klagen, die man
täglich hört, legen herabsetzend Zeugnis davon ab, wie drückend und hem-
mend das Fortbestehen des Brückenzölles für den Verkehr ist.

Abg. Wagner (Stargard) tritt für den Antrag ein; gerade
die größeren Brücken dienen in der Hauptsache dem großen und nur
nebensächlich dem Lokalverkehr, gleichwohl fielen dem Lokalverkehr
einzig und allein die Brückenzölle zur Last, so daß der Land-
wirth und der Gewerbetreibende gewisser kleiner Bezirke den Brücken-
zoll tragen muß, während der große Eisenbahnverkehr von demselben
frei bleibt. Redner erwähnt die in seiner Heimat belegenden über die
Beisels und Vogat führenden Brücken und führt aus, daß durch die
Brückenzölle der dortige Lokalverkehr gedrückt, die Landwirtschaft
geschädigt und der Gewerbebetrieb beeinträchtigt wird.

Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen.
Nachdem sodann die Fortdauer der Mandate der Abg. Richter,
Bernhardt, Wiffelink, Werner, Knebel und Selbstst ohne Diskussion
bestätigt worden, wird die Staatsberatung fortgesetzt, und zwar steht
heute der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zur
Diskussion.

Kap. 57 der dauernden Ausgaben wirkt für die Oberpräsidenten und
Regierungen eine Summe von 10,706,769 M. aus.

Abg. v. Hermann: Ich bin leider wieder in die traurige
Lage verwickelt, einen konkreten Fall von schreiender Rechtsverletzung vor-
zuführen, und es scheint wirklich, als ob das Ministerium des Innern
sich ein gutbefehltes Maritimenkabinett von Gesetzesverletzungen Seitens
der Beamten anlegen wollte. Durch das Gesetz vom 31. Mai des v.
J. wurden die Orden der Dominikaner und Franziskaner gewonnen
sich aufzulösen und ihren bisherigen Wohnsitz zu verlassen. Die Do-

minikaner hatten bis dahin ihr Kloster auf den Besitzungen des Gra-
fen Galen, und nachdem sie dasselbe verlassen, ging dasselbe völlig wie-
der in die Privatbenutzung des Grafen über. Trotzdem drang ein
Kommissar in das Bisthum ein und als ihm die Schlüssel verweigert
wurden, ließ er die Kirche versiegeln. Es steht dies in schroffem
Widerspruch mit Artikel 9 der Verfassung über die Unverletzlichkeit des
Eigentums. Die Versiegelung wurde allerdings bald wieder auf Be-
schwerde aufgehoben; dagegen erschien bald darauf eine neue Verfü-
gung, die Thüren zu verschließen, weil verschiedene Vorübergehende die
Kirche zum stillen Gebet benutzten, ferner das Läuten zu inhibiren,
und endlich wurde einem früheren Klosterbruder, der in den Dienst
des Grafen Galen getreten war, befohlen, das Haus zu verlassen. Es
ist dies ein schreiender Eingriff in die Privatrechte einer Person, die
das katholische Volk in Münster um so mehr empören muß, als in
Folge des Kulturkampfes schon so viele Klagen entstanden sind. Ueber-
all wurden die Kranken-, Armen- und Waisenhäuser, die Unterrichts-
anstalten für Kinder und die Erziehungsanstalten für Priester zerstört,
und man hat dabei wirklich noch die pariser Kommune übertrifft;
man ist allerdings nicht mit Petroleum und Feuer vorgegangen, aber
mit innerer Zerstörung. Wenn die Lage aber so ist, so sollte man sich
um so mehr hüten, neue Verletzungen hinzuzufügen. Der Minister des
Innern ist allerdings heute nicht zugegen, und ich bebaue, daß auch
der Kultusminister nicht mehr zugegen ist; vielleicht würde er sich noch
erinnern haben, daß er vor dem Kulturkampf auch einmal Jurist ge-
wesen ist.

Abg. Windthorst (Weppen): Es ist mir unbegreiflich, wie der
Herr Minister des Innern bei der Staatsberatung nicht am Platze ist.
Es bleibt mir also nichts weiter übrig, als die Herren, welche die
Ausschnitte zu besorgen haben, zu ersuchen, auch einen Ausschnitt über
die heutige Verhandlung und die vorgebrachten Klagen an die Herren
Minister und Se. Majestät den Kaiser einzuliefern.

Das betreffende Kapitel wird genehmigt.
Eine längere Debatte knüpft sich an Tit. 7 (zur Gewährung von
Provinzialfonds für Zwecke der Selbstverwaltung einschließlich
der Mittel zur Durchführung der Kreisordnung
37,559,110 M.)

Zu diesem Titel liegt folgende von 8 Mitgliedern der mit der Prä-
sidenten der allgemeinen Finanzverwaltung betrauten Etatsgruppe vor:
„In den Sitzungen vom 24/25. Januar c. ist in der Gruppe für
die allgemeine Finanzverwaltung in Anwesenheit von 11 Mitgliedern
die Frage über die Anlegung und Verwaltung der Provinzialdota-
tions-Fonds einer eingehenden Beratung unter Beziehung von Kom-
missarien der königlichen Staatsregierung unterzogen worden. Die
unterzeichneten Mitglieder haben dabei in Folge der ausführlichen
Mittheilungen der Kommissarien, welche in der beiliegenden Denkschrift
nicht Anlagen zusammengefaßt und näher erläutert sind, die Ueberzeu-
gung gewonnen: daß hinsichtlich der Belegung und Verwaltung der für
Rechnung der Provinzialverbände auf Grund des Gesetzes vom 30.
April 1873 angekauften Effekten seitens der Finanzverwaltung voll-
kommen ordnungsmäßig und den gesetzlichen Vorschriften entsprechend
verfahren worden ist.“ Indem die unterzeichneten Mitglieder auf
Grund der gepflogenen Verhandlungen diese Erklärung abgeben, bitten
ihnen die stattgehabten Erörterungen zur Zeit keine Veranlassung,
Anträge in dieser Angelegenheit an das Haus der Abgeordneten zu
stellen.

v. Vanda. Sammacher. Kochmann. Richter (Sagan). Richter.

Stengel. Birchow. Behrensennig.
Abg. Herrath: Die Erklärung, welche eine Anzahl von
Mitgliedern der Etatsgruppe dem Hause vorgelegt hat, hat ohne Zwei-
fel den Zweck, dem Finanzminister für die von vielen Seiten ange-
griffene Anlegung der Provinzialdotationen Fonds Inbegriff zu er-
theilen. Nun besteht aber die Etatsgruppe aus 17 Mitgliedern, und
da sich nur 8 Unterzeichner der Erklärung gefunden haben, so würde
man die Inbegriff selbst als abgelehnt betrachten können. Indessen
ganz abgesehen von diesem Zahlenverhältnis hat die Etatsgruppe nach
den Vorschriften der Geschäftsordnung gar kein Recht, Anträge zu
stellen und Beschlüsse zu fassen. Die Mitglieder waren also zu einer
solchen Erklärung gar nicht legitimirt und die letztere ist somit völlig
bedeutungslos.

Abg. Stengel: Der Vorredner faßt die von uns ausgehende
Erklärung viel zu feierlich auf; sie will nichts anderes sein, als eine
persönliche Aeußerung der unterzeichneten Mitglieder. Die Anlage
der Provinzialdotationen Fonds hatte so viel Lärm gemacht und Anlaß
zu so weitgehenden Verdächtigungen gegeben, daß wir uns dem Lande
gegenüber verpflichtet fühlten, auf Grund der sorgfältigsten Prüfung
der Verhältnisse öffentlich zu erklären, daß jene Verdächtigungen jeder
Begründung entbehren. Die Grundlage des Sachverhältnisses bildet
das Gesetz vom 30. April 1873, dessen § 5 die ansehnliche Anlage der
für die Zwecke der Selbstverwaltung bestimmten Fonds für Rechnung
der Provinzialverbände anordnet. Das Gesetz vom 8. Juli 1875 re-
gelte dann die Ausführung jenes Dotationengesetzes durch Bestimmung
über die Vertheilung der erwähnten Fonds und giebt den Pro-
vinzialverbänden kein anderes Recht, als den Anspruch auf die ihnen
gesetzlich zustehenden Summen in der vom Finanzminister angeordneten
ansehnlichen Anlage. Die Angriffe, die gegen den letzteren hergeleitet
worden sind, stützen sich namentlich auf die künstliche Courstheilung
vom 3. Januar cr., demjenigen Termine, nach dessen Cours die
Fonds den Provinzialverbänden berechnet worden sind. Die angekauften
Effekten sind aber in natura an die Verbände vertheilt worden und der
Tagescours kam deshalb nur für diejenigen wenigen Stücke in Betracht,
welche nicht vertheilt werden konnten. Die Zahl derselben ist so gering
— bei den Prioritäten der Hannover-Altenbeller Bahn beschränkt sie
sich auf 3 Stücke a 100 Thaler — daß diese Beträge gar nicht ins Ge-
wicht fallen. Uebrigens hat der Herr Finanzminister hier im Hause
bereits ausgesprochen, daß die Regierung mit jener Courstheilung ab-
solut nichts zu thun gehabt habe, und diese Erklärung ist in der Etats-
gruppe durch den Regierungskommissar dahin ergänzt worden, daß
auch die Seehandlung jener Bewegung vollständig fern gehalten habe.
Durch diese Aeußerung ist der wesentliche Theil der Anschuldigungen
zu unserer vollen Befriedigung erledigt, da die Frage, wer der eigent-
liche Urheber der Courstheilung gewesen ist, hiernach jedes öffentliche
Interesse verloren hat. Was die Anlage der Dotationen Fonds betrifft,
so gestehe ich zu, daß der Herr Finanzminister sich der Chance der
gegen ihn erhobenen Vorwürfe weniger ausgesetzt haben würde, wenn
er mehr die absolute Sicherheit der Papiere als die hohe Verzinsung
der Fonds im Auge gehabt hätte. Diese hohe Verzinsung wurde jedoch
nur in dem eigenen Interesse der Provinzialverbände in Betracht gezo-
gen und ich bin deshalb überzeugt, daß die Unzufriedenheit über die An-
lage der Papiere durchaus nicht so groß gewesen wäre, wenn man nicht
die landwirtschaftlichen Pfandbriefe von der Anlage ausgeschlossen hätte.
Daß diese Papiere in den Invalidenfond nicht aufgenommen worden
waren, hatte seinen besonderen Grund in dem Umfande, daß die süd-
deutschen Staaten solche Papiere nicht haben und man also Nord-
deutschland nicht bevorzugen wollte. Dieses Motiv fiel bei der

Anlage der Provinzial-Dotationsfonds fort und deshalb hätten die Verbände den Ankauf solcher Pfandbriefe demjenigen der Eisenbahn-prioritäten vorgezogen. Außerdem erregte es Befremden, daß der Herr Finanzminister sein Verfahren bei der Anlage der Fonds dadurch gewissermaßen zu decken gesucht hat, daß er vorher das Gutachten der Abgeordneten Lasker und Friedenthal eingeholt hat, die doch bei dieser Gelegenheit nur als Privatpersonen gelten konnten. Auch ich glaube, daß die Schultern des Herrn Finanzministers allein vollkommen stark genug gewesen wären, die Verantwortung für die Anlage der Fonds zu tragen, denn kein Sachverständiger wird die absolute Sicherheit der angekauften Effekten bestreiten können. Die hauptsächlichsten Angriffe hat man gegen die Prioritäten der Hannover-Altenbekenner und der Berlin-Görlitzer Bahn gerichtet. Man sieht aber den Obligationen der Hannover-Altenbekenner Bahn im Betrage von 17 Millionen Mark ein in dem Unternehmen angelegtes Kapital von 71 Millionen Mark gegenüber, während die Berlin-Görlitzer Bahn für die Prioritäten I. und II. Serie im Betrage von 25 Mill. Mark eine Garantie von 58 Millionen Mark bietet. Die Sicherheit der Papiere kann also nur derjenige bestreiten, der an der wirtschaftlichen Zukunft unseres Vaterlandes vollständig verzweifelt. Die Größe der gegen den Finanzminister erhobenen Anschuldigungen und Verdächtigungen, deren Nichtigkeit hiermit nachgewiesen ist, liegt den Gedanken nahe, daß hierbei Parteibestrebungen im Spiele seien. Von solchen Bestrebungen wollten wir uns öffentlich lossagen, und deshalb haben wir die Erklärung unterzeichnet, indem wir uns auf die oben erwähnten geringfügigen Monita beschränken. Eine besondere Nachsicht haben jene Verdächtigungen durch die Beilegung der Seehandlung erhalten. Man behauptete, die Anlage der Fonds in jenen Prioritäten sei nur deshalb erfolgt, um die Seehandlung von diesen durch Konfiskationsbeilegung übernommenen Papieren zu befreien. Nach meiner Ansicht verwechselt man hier Ursache und Wirkung. Die Seehandlung hat in Voraussicht der an sie herantretenden Anforderungen sich zur Beschaffung der Effekten konfiskationsfähiger beilegt, als dies sonst der Fall gewesen wäre, aber immerhin bleibt es bedauerlich, daß es überhaupt möglich war, solche Reflexionen an jenes Staatsinstitut zu knüpfen. Diese Erwägung hat zu dem Gedanken geführt, im Hause einen Antrag einzubringen, wonach der Seehandlung künftig jede Konfiskationsbeilegung verboten werden soll. Dieser Schritt scheint mir jedoch nicht weit genug zu gehen, denn ganz abgesehen von der Frage, ob die Existenz eines solchen Finanzinstituts ohne derartige Beilegungen möglich ist, halte ich den Schaden, der daraus entstehen kann, für größer, als alle Vortheile, die die Seehandlung gewährt. Deshalb scheint es mir geboten, dem Gedanken näher zu treten, dieses Finanzinstitut ganzlich aufzulösen, bevor mir genügt ist, jenem Werke des großen Königs ein weniger ruhmvolles Ende zu bereiten. (Beifall.)

Abg. v. Below-Saleske: Ich allein von den Kommissarien des Hauses habe mich dem Vertrauensvotum, welches die Gruppe für den Finanzminister vorbrachte, nicht anschließen können. Wenn derselbe auch formell korrekt gehandelt hat, so hat er doch nicht ordnungsmäßig gehandelt, weil er die allerbekanntesten Usancen, welche bisher den Ruhm und die Solidität der preussischen Finanzverwaltung ausgemacht haben, bei der Beilegung der Provinzialfonds um des höheren Zinsgewinnes willen nicht befolgt hat. Ich gebe zu, daß der Minister dabei bona fide gehandelt hat, denn er hatte die Freiheit der Wahl der Effekten. Aber er hat sie eben benutzt, zur Akquisition von Werthen, welche mein optimistischer Vordränger selbst als zweifelhaft bezeichnet hat. Es gilt dies zunächst von den Prioritäten der Hannover-Altenbekenner Bahn. Ohne auf die Details eingehen zu wollen, begnüge ich mich, zu konstatieren, daß die Anlage in einer Zeit erfolgte, wo die hohen Kaufkosten der Bahn notorisch waren, und nachdem der Kollege Lasker in seiner Rede vom 7. Februar 1873 die Bahn als nach dem System Strousberg gebaut einer sehr scharfen Kritik unterzogen hatte. Gravirend noch erscheint mir die Akquisition der Prioritäten der Halle-Sorau-Guben-Bahn. Litera B. im Gesamtbetrage von 594,800 Thaler für den Provinzialfonds. Davon sind 234,000 Thaler in der Zeit vom 25.-27. Januar 1874 und 360,000 Thaler Ende März desselben Jahres angekauft worden, während die Verwaltung der Bahn bereits 1872 ein Defizit von 26,100 Thalern, im Jahre 1873 aber ein solches von 290,000 Thalern hatte und der Ueberschuß nicht einmal zur Verzinsung der Prioritäten Lit. A. hinreichte. Wenn diese Thatfachen auch erst durch die General-Verammlung vom 26. Juni 1874 zur allgemeinen Kenntnis gelangten, so war die Regierung zweifellos schon weit früher darüber informiert. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß der Finanzminister zuvor Erklärungen darüber abgegeben hat, ob dem Hause die Beilegung des Fonds genehm sei. So viel ich weiß, find der damalige Abgeordnete Dr. Friedenthal und der Abgeordnete Lasker befragt worden und haben der Anlage in nicht garantirten Eisenbahnprioritäten konfessiert. So wenig diese Thatfache an sich praktischen Werth hat, so sehr muß ich das eingeschlagene Verfahren tadeln, denn es war einerseits unkonstitutionell, dadurch die moralische Verantwortlichkeit andern Schultern aufzuladen, (Widerspruch links) und zweitens sind damit Mitglieder des Hauses, die ihre Meinung unbefangenen geäußert haben, kompromittirt worden. Es bleibt nur übrig, die Remede in Betracht zu ziehen, mit deren Hilfe die Provinzialanleihe möglichst in den Besitz solcher Effekten gelangen, die den einzelnen lokalen Verhältnissen entsprechend leicht umgesetzt werden können, da erscheint mir der Vorschlag, den Provinzen den Kapitalwerth der Papiere nebst 3 Prozent Zinsen, d. h. den depositalmäßigen Zinsen zu erstatten, durchaus der Erwägung werth. Ein sekundäres Moment in diesen Vorwänden ist meines Erachtens die zwischen dem 31. Dezember d. J. und dem 3. Januar d. J. erfolgte Kursrückbildung. Zweifellos ist hier der Finanzminister nicht verantwortlich für die Manipulationen von gewissen Börsenjobbern, denn es steht fest, daß die Seehandlung einen Auftrag zu der Kursstreicherei nicht erhalten hatte. Es liegt mir daran zu konstatieren, daß die im Lande verbreiteten Verdächtigungen nur den eben von mir dargelegten tatsächlichen Hintergrund haben. Ich resumiere mich dahin: der Minister hat wohl formell korrekt, aber gegen die ratio legis gehandelt.

Finanzminister Camphausen: Ich kann nicht umhin, dem Vordränger dafür Dank zu sagen, daß er mich der Mühe überhoben hat, auf die Bräsenmander vom 3. Januar d. J. zurückzukommen. Was nun die Angriffe anlangt, welche von ihm und einem früheren Redner gegen mich gerichtet worden sind, so betreffen dieselben zunächst die Thatfache, daß ich mit dem Referenten für das Dotationsgesetz über die Beilegung des Dotationsfonds Rücksprache zu nehmen mich veranlaßt sah. Ich habe mich dabei beschränkt, die Wünsche der Verhandlung kennen zu lernen und betone, daß dadurch an meiner und des Ministers des Innern Verantwortlichkeit nichts geändert worden ist. Mein erster Schritt war, mich mit dem letzten in Verbindung zu setzen, und erst nachdem er mir versichert hatte, daß er das Gesetz ebenso wie ich auslege, habe ich mich bei dem Referenten erkundigt, was meiner Meinung nach weder in konstitutioneller, noch den Beschlüssen dieses Hauses präjudizirlich ist. Vielleicht war mein Eifer zu groß, mit den Wünschen dieser Versammlung Fühlung zu behalten, vielleicht hätte ich mich strenger in der größten Werth darauf gelegt, mich mit den Wünschen der Landesvertretung im Einklang zu wissen. (Beifall) Als wir im Jahre 1873 an die Aufgabe herantraten, die für die Beilegung geeigneten Papiere zu wählen, habe ich die Seehandlung angewiesen, zunächst vom Staate garantierte Prioritäten anzukaufen und falls solche nicht zu haben wären, mir weitere Vorschläge zu machen. Die Seehandlung war und ist noch heute der Meinung, daß die angekauften Prioritäten unbedingt sicher sind. Ich denn die Zinszahlung der Hannover-Altenbekenner Bahngesellschaft jemals in Stöckung geraten oder gehen denn die Bahnunternehmen überhaupt einer schlechten Zukunft entgegen? (Auf rechts: Ja!) Ich bemerke, ob dieses „Ja“ Berechtigung hat, aber ich will mich dahin präzisieren: Gehen die hier in Frage stehenden Unternehmungen einer schlechten Zukunft entgegen? Ich meine, daß diese Gesellschaften der schwierigsten Zeit hinter sich haben. Auf die Verhältnisse der Halle-Sorau-Guben-Bahn will ich heute nicht tiefer eingehen — wir werden sie ohnehin bei einer Regierungsvorlage noch zu diskutieren haben — ich beschränke mich, jetzt zu bemerken, daß die Mindereinnahme des Jah-

res 1872 und allerdings nicht unbekannt war — dieselbe war indeffen für eine ins Leben tretende Unternehmung bedeutungslos — dagegen hatten wir keine Kenntnis von dem Defizit des Jahres 1873, als die Anlage erfolgte. Ein Wort noch über die Zukunft der Eisenbahn-prioritäten überhaupt! Ich glaube, daß die Periode hinter uns liegt, in welcher die Baifsepartei an unserer Börse sich als Aufgabe gestellt hatte, den Cours der Eisenbahn-prioritäten zu drücken. Ich hege vielmehr das Vertrauen, daß wir bereits das Stadium erreicht haben, in welchem der Rückweg zum Besseren immer weiter verfolgt wird. Seit der letzten Diskussion über diesen Gegenstand haben wir bereits wahrgenommen, daß die Zahl der soliden Papiere, die wieder bedeutend gestiegen sind, nicht gering ist. Auch die Chancen der Veräußerlichkeit haben sich wesentlich gebessert, und wenn auf dem jetzigen Wege mit der bisherigen Energie fortgefahren wird, so wird hoffentlich die Zeit nicht ausbleiben, wo man mit Vergnügen höhere Preise für diese Anlagen zahlen wird. — Gestatten Sie mir noch ein Wort hinzuzufügen über den Werth, den ich auf eine höhere Verzinsung angeblich gelegt haben soll. Ich habe bei der Beratung des Invalidenfonds-Gesetzes für die Zulassung landwirtschaftlicher Papiere plaidirt (Beifall links), nachdem der Reichstag sie abgelehnt hatte, mußte mir sowohl nie dem Reichskanzleramt daran gelegen sein, solche Prioritäten zu erwerben, welche in großen Quantitäten zu haben waren, denn ich hatte im Mai 1873 zwei Millionen Thaler zur Beilegung für den Provinzialfonds in Händen und verlor täglich davon 250 Thaler Zinsen, die Anlegung zu 4 1/2 pCt. gerechnet. Eine solche Aussicht ist für den Leiter der Finanzen keineswegs ermuthigend. Hätte ich die ungerechte Stimmung, welche sich demnachst gegen diese Prioritäten geltend machte, vorher wissen können, so hätte ich die Papiere nicht gekauft; aber wer hat das damals gewußt? Wenn man heute den Cours der, der nach 2 1/2 Jahren notirt werden wird, kennen würde, so wäre es freilich leicht, sein Geld richtig anzulegen. Heute bin ich zufrieden, daß, wenn auch nicht alle Seiten des Hauses mit meiner Verwaltung einverstanden sind, doch eine ansehnliche Majorität des Hauses mein Verfahren billigt. (Beifall.)

Abg. Richter: Als ich bei der ersten Beratung des Budgets den Finanzminister interpellirte in Bezug auf die Kursstreicherei vom 3. Januar ab, da brauchte nach meiner Uebersetzung der Finanzminister die offene Verhandlung über diese Sache nicht zu scheuen. Nach den Verhandlungen in der Gruppe und in diesem hohen Hause war dies auch zutreffend; denn das Ansehen des Finanzministers hat unter diesen Verhandlungen in keiner Weise gelitten und das Vertrauen zu seiner Geschäftsführung ist vielleicht noch dadurch gewachsen. Der ganze Humor, der auf zwei Provinzialanleihen über die Angelegenheit gemacht ist, beruht auf Unkenntnis der Tragweite des Gesetzes von 1873. Sobald das Haus gezwungen war, anzuerkennen, daß in dem § 17 von den Kursen nur die Rede ist insoweit, als sie als Maßstab zu dienen haben für die Vertheilung unter die Provinzen und nicht als Maßstab der Verrechnung zwischen den Staaten und den Provinzen, so fielen die in den Provinzialanleihen vorgebrachten Gründe in sich zusammen. In dem Bericht des Herrenhauses und in der betreffenden Verhandlung im Plenum desselben wurde konstatirt, daß der Kurs hier nur angelegt sei, um eine Vertheilung der Effekten in natura zu ermöglichen. Was hat also, muß sich jeder Unbefangene danach fragen, der Finanzminister für ein Interesse an den Kursen haben können; er hat offiziell erklärt, er habe keine Einwirkung veranlaßt, und auch die Seehandlung habe eine solche nicht ausgeübt. Es handelt sich also nur um die Frage der Beilegung der Fonds, also um die Anschaffung der Effekten. Der Abgeordnete von Below hat heute gesagt, daß er auch jetzt jede weitere Verdächtigung von Personen ablehne und daß er so gar anerkennen müsse, daß der Finanzminister formell nach dem Gesetz gehandelt habe, daß er aber nur nach der ratio legis gehandelt habe. Ich verstehe darunter in seinem Sinne, daß der Finanzminister die alten Grundsätze — so drückte er sich aus — der preussischen Finanzwirtschaft verlassen habe. Diese Kritik kommt sehr spät und es läßt sich doch viel dagegen einwenden, daß man zwei Jahre lang in voller Kenntnis der Dinge schweigt, und nun, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, ganz einfach sagt: Der Finanzminister hat hier die alten bewährten Grundsätze der preussischen Finanzpolitik verläßt. Der Herr v. Below war im Jahre 1874 allerding noch nicht Mitglied dieses Hauses; aber wo sind denn alle seine Gesinnungsgeoffenen am 9. Mai 1874 gewesen, als der Finanzminister die erste Nachweisung der Effekten beibrachte? Damals war es noch Zeit; aber es hat sich keine Stimme geltend gemacht. Nachher sind nun dieselben Effekten angekauft worden, alles schweigend, und ich meine, daß diejenigen, die die Verantwortung tragen, auch für die Handlungen der Regierung die Verantwortung ohne Scheu vor dem Lande übernehmen und zugeben: wir billigten das Verfahren der Regierung, weil wir es für gut hielten. Heute kann man leicht eine Kenntnis der Dinge verraichen, nachdem ein Jeder weiß, wie sie vor sich gegangen sind; damals wußte Niemand, daß diese Prioritäten in Bezug auf ihre Veräußerlichkeit im Verlaufe von ein Paar Jahren einen anderen Stand erhalten würden. Jetzt sollte man nicht mit Vorwürfen gegen die Staatsregierung kommen, nachdem man früher geschwiegen hat. Die einzige Verhandlung über diese Angelegenheit fand statt bei Gelegenheit der Beratung des Dotationsgesetzes im Herrenhause. Da trat ein Redner auf, der seine Privatmeinung dahin aussprach, daß die Effekten, die der Finanzminister durch die Seehandlung besorge, nicht gut seien. Darauf hat der Finanzminister überzeugend nachgewiesen, daß der Redner sich im Irrthum befinde und damit war die Sache erledigt, sie verschwindet von der Bildfläche. Ich kann verzichten, auf die Frage der Sicherheit der Effekten einzugehen. Es hieße geradezu das Land ermüden, wenn immer und immer wieder dieselben Dinge wiederholt würden. Das Land ist bereits hinlänglich informiert und es ist völlig verspätet, wenn man von Neuem eine Kritik hieran knüpft. Die große Majorität des Reichstages und ich hoffe auch, die dieses Hauses ist der Ansicht, daß diese Prioritäten sicher sind und daß die Provinzen einen Verlust dabei nicht erleiden. Für die hannover-altenbekenner Eisenbahnprioritäten hat übrigens der Finanzminister eine große Schwärmerie keineswegs gehabt. Er verlangte zuerst überschüssige, löh-mindener und erst, nachdem die Seehandlung ihm geschrieben, daß diese nicht zu bekommen seien, ist er darauf eingegangen, die hannover-altenbekenner und die anderen Eisenbahn-prioritäten kaufen zu lassen. Ich denke, diese Seite des Altenhändlers können wir schäffen, darüber ist das Urtheil bereits gefällt und Sie werden mit allen Ihren Argumenten dieses Urtheil nicht umstoßen. In Bezug auf die Verhandlungen innerhalb der Gruppe muß ich konstatieren, daß der Antrag, der von mir und dem Abg. Wehenpennig in Aussicht genommen und schon eingebracht war, nämlich, die königliche Staatsregierung aufzufordern, daß noch in dieser Session der § 17 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 dahin abgeändert werde, daß die Provinzen statt der Effekten baar Geld erhalten und 3 Prozent, also depositalmäßige Zinsen, nicht die Zustimmung der Majorität der Anwesenden fand. Der ganze Gang der Verhandlungen und namentlich auch die Erklärung der Regierungskommissarien indeß, daß in diesem Falle die Abänderung des Gesetzes sofort geschehen müßte, führte zu der Uebersetzung, daß es doch nicht richtig sein würde, einen solchen Antrag hier im Hause einzubringen und wir haben deshalb hiervon Abstand genommen. Nach sorgfältiger Prüfung muß man auch sagen, es hat für die Provinzen etwas Mißliches, wenn sie nur das baare Geld und die 3 Proz. in die Hand bekommen, die Angelegenheit würde ihnen sicherlich im Augenblick sehr viele Schwierigkeiten machen. Ich glaube somit, diese Sache ist in jeder Beziehung so angethan, daß die Verhandlung im Hause auch fernerhin den ruhigen Verlauf nehmen wird, mit dem sie begonnen hat. Nur Eins möchte ich den Herren von der Rechten noch sagen. Gerade diejenigen, welche große wirtschaftliche Interessen des Landes zu vertreten glauben, verstoßen auf das Allerernsteste gegen die Grundlage, die ihnen dabei zur Hand genommen müßten, wenn Sie fort und fort das Vertrauen im Volke nähren und das Vertrauen, welches wir für den dauernden Erfolg unserer Arbeit brauchen, schwächen und untergraben. Wenn Sie immer und wieder kommen und hier Unternehmungen, die im Ganzen nach reiflicher Prüfung für solide und deren Zinsen als sicher erklärt werden, für unsolide und schwach erklären, dann frage ich Sie: dienen Sie wirklich dem wirtschaftlichen Interesse des Landes? Wird das

jenen Fäulungsprozeß beschleunigen, von dem der Finanzminister Ihnen mit vollem Rechte sagte, daß wir jetzt bereits in demselben begriffen sind? Je früher Sie davon Abstand nehmen, desto mehr werden Sie Interessen fördern, von denen Sie sagen, daß Sie par excellenciam betreffen, dieselben zu vertreten. (Beifall links.)

Abg. v. Wedell-Machow: Ich stehe im Befehl, die Erklärung des Standpunkts des Abg. v. Below und konnte die Erklärung der Gruppe auch nicht unterschreiben, um dem Herrn Finanzminister für den Ankauf der Papiere ein Vertrauensvotum zu erteilen. Dasselbe kann ihm auch gar nicht gedient sein, denn auch ich halte einige Papiere, besonders die Prioritäten Halle-Sorau-Gubener Bahn nicht für ganz sicher, sie hätten auch im Jahre 1873 nicht für die Provinzialfonds angekauft werden sollen. Wenn der Herr Minister das Invalidenfonds-gesetz zu seiner Rechtfertigung anführt, so frage ich, warum hat er nicht die Papiere zur Anlage verwendet, welche dieses Gesetz in erster Linie empfiehlt. Ich halte es für sehr bedenklich, über den Werth eines Papiers zu sprechen, bevor man dessen Verhältnisse genau untersucht, und deshalb war für mich bei den früheren Nachforschungen kein Grund vorhanden, die Sicherheit der Hannover-Altenbekenner Prioritäten in Zweifel zu ziehen. Mit dem Abg. Miquel bin ich in der Meinung, daß die Zukunft der Bahn nicht schlecht sein kann, momentan stehen aber die Prioritäten auf der Grenzscheide der Zinsfahigkeit. Den § 5 des Dotationsgesetzes habe ich immer dahin verstanden — obwohl das zweifelhaft sein kann —, daß bei Beilegung dieser Fonds vom Finanzminister diejenige Praxis beobachtet werden solle, welche bisher bei der Beilegung von Staats- und Kommunalanleihen angewendet wurde. Uebrigens ist die ganze Angelegenheit noch nicht sprachenlos, ein Schaden ist von den Provinzialanleihen noch nicht liquidirt. Sind dieselben ruhig, dann ist die ganze Diskussion unnöthig, liquidiren sie einen Schaden, so steht ihnen außer dem Wege der Klage der Provinz an die Staatsregierung und die Landesvertretung offen, und dann wird die Sache ihren regelmäßigen Lauf nehmen. Diesen meinen rechtlichen Standpunkt hebe ich hervor, um der Beunruhigung im Lande und in den Provinzialanleihen, welche einen großen Schaden beibringen, entgegen zu treten. Die bona fides des Herrn Finanzministers erkenne ich vollkommen an. Dem Abg. Richter entgegne ich, daß mir die Aufregung in den Provinzialanleihen sehr erklärlich scheint, nachdem ich ihnen Papiere überwiesen find, von denen über ein Drittel weder veräußert, noch lombardfähig war, begleitet von einem Schreiben, welches über den Ankauf so gut wie gar keine Aufklärung gab. Abg. Richter wirft uns vor, daß zur Zeit des Ankaufs der Papiere Niemand von uns gegen denselben protestirt habe; es lag aber für die Minorität keine Veranlassung zu einem solchen Proteste vor, weil damals die Verhältnisse der betreffenden Papiere noch nicht im vollen Umfange beurtheilt waren, und weil der Herr Finanzminister sie ankaufte, hielten wir sie gut. Wenn der Abg. Richter uns aufzuredet, wir möchten nicht immer durch neue Reden und Anträge die wiedererwachende Vertrauen untergraben, so entgegne ich, daß eine solche Absicht uns fernliegt, aber Bewegungen im Volke und in der Provinz, welche die Verhältnisse lassen sich nicht todtschweigen, sondern müssen offen diskutiert werden und Maßregeln zur Abhilfe müssen ergriffen werden. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Wenn sie glauben, daß das Vertrauen durch Unterlassung der Stellung der Provinz befestigt werde, irren Sie sich, es wird nur befestigt durch die vollständige Beilegung jeglichen Mißtrauens. Damit glaube ich den guten Rath des Abg. Richter zurückgewiesen zu haben.

Abg. v. Kardorff: Ich divergire von der Politik des Herrn Ministers Camphausen in Steuer- und Wirtschaftssachen, ich bin aber die Verdächtigungen keineswegs billigend, welche wegen der Beilegung der Fonds gegen den Minister gerichtet sind ohne jegliche Begründung. Diese Verdächtigungen machen eine Erklärung der Gruppe notwendig, wie sie erfolgt ist und welcher ich mich persönlich anschließen könnte, obwohl ich sonst nicht so sehr mit der Verwaltung des Finanzministers einverstanden bin. Der Minister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht er die gute Praxis der preussischen Finanzverwaltung verlassen habe, denn der Reichstag beschloß das Invalidenfonds-gesetz anders als die Regierung beantragt hatte. Vielleicht hätte bei der Beilegung mit etwas größerer Vorsicht verfahren werden können; nur auf eins lege ich großes Gewicht, daß nicht durch die Berufung auf das Votum einzelner Mitglieder, welche kein Mandat ad hoc hatten, ein gefährliches Präjudiz in unser konstitutionelles Leben eingeführt werde. Dieses Verfahren war nicht korrekt, denn jene Mitglieder konnten ja persönlich eine von der Majorität des Hauses abweichende Meinung haben. Ich glaube auch, daß die angekauften Papiere durchschnittlich gut sind und daß man den Provinzen kann, den Provinzen statt der Papiere baare Geld mit 3 Prozent Zinsen anzubieten. Keine der Provinzen wird voraussichtlich von diesem Anerbieten Gebrauch machen und jedes Mißtrauen dadurch befestigt werden.

Abg. Windthorst (Meyen): Geschäftsordnungsmäßig handelt es sich für uns einzig und allein darum, über die Position mit Ja oder Nein abzustimmen. Es scheint mir deshalb, daß von vorne herein ein solches Verhältniß in diese Diskussion getragen worden ist, nämlich die Frage, ob hier ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum abzugeben sei. Wir kommen so häufig in den Fall, Vertrauensvoten auszusprechen, daß ich gar nicht mehr weiß, was das zu bedeuten hat. Wenn die Dinge richtig liegen, so erlebte man die Sache einfach, und es ist alles in Ordnung. Dieses schiefe Verhältniß ist zu ändern, etwas faul sein könnte im Saale des Reichstages. (Oh! links.) Ich finde das zwar bei dieser Sache noch nicht; aber eben deshalb sage ich auch, bleiben sie mir mit Vertrauensvoten vom Leibe. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich bei dieser Frage auch nicht die entfernteste Veranlassung habe, dem Finanzminister ein Mißtrauensvotum zu geben, ebenso wenig habe ich Anlaß zu einem Vertrauensvotum; (Gelächter links) denn wenn ich das thäte, würde ich Grund zu der Annahme geben, als hätte ich etwas vor, was ich meinerseits abweisen müßte. Der Regierung an-gesetzlich gehandelt; er hat nach meiner festen Ueberszeugung an-optima fide gehandelt; aber doch meine ich, daß in so dem Umfange solche Papiere wie Halle-Sorau-Guben nicht hätten gekauft werden sollen. Staatsgelder sollten eben niemals aus dem Hause des Staates herausgegeben werden, ausgenommen gegen ein Depot, das vollkommen ungewisshafte sicher ist, und daß dies Bezug auf alle diese Papiere gesehen ist, wird Niemand ernst behaupten. Ich möchte hierbei auch die Rechtsfrage nicht allertir haben. Wir haben die Fonds für die Provinzen willigt, und das sind diejenigen, mit denen man sich jetzt abfinden muß. Haben die Herren in den Provinzen Beschwerden, so müssen sie solche gegen den Minister geltend machen und wenn sie glauben, dort nicht durchbringen zu können, so mögen sie zu uns kommen. Den Gedanken des Abg. Richter, daß die Provinzen nun mit einem hier baar Geld haben wollen, gebe ich gar nicht ein. Es ist ein von Neuem dazu einschleife, in den allgemeinen Saal einzutreten, will ich erst wissen, ob überhaupt eine genügende Veranlassung da ist, und die ist zur Zeit absolut nicht vorhanden. Erregen wir nicht Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Ich erkläre einfach für die Position stimmen; muß aber dabei noch eins in Sprache bringen. Der Minister hat es gefällig, daß es für ihn nicht sei, auf eigene Autorität zu handeln, er hat daher seine Delegation, und hier im Hause zwei Männer gefragt, was sie da gehalten. Diese Männer haben geantwortet. Ich muß gestehen, ich an Stelle dieser Männer nicht geantwortet hätte, weil sie heute so solut keinen Beruf hatten. Wenn aber der Minister hier heute er habe von je her ein großes Gewicht darauf gelegt, immer in der Leitung und Einverständnis mit der Volksvertretung zu bleiben, gerichtet ihm ungewisshafte zur Ehre und wir wissen das auch anzuerkennen. Aber ich frage ist das Fühlung mit der Volksvertretung, wenn ich zwei Männer frage? Nein, meine Herren, die

verfahren des Fragens von so einzelnen Persönlichkeiten, Männern aus
stimmten Parteien, das erregt gerade im Publikum Mißgeföhle (Gei-
terheit) und erregt Deutungen, die weder dem Minister noch dem
Staate angenehm sein können.
Der Präsident theilt hierauf folgenden Antrag der Abgg. Richter,
Richter (Hagen) und Graf Bethusy duc mit: Das Haus der
Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären, daß hinsichtlich der Be-
legung und der Verwaltung der für Rechnung der Provinzialverbände
auf Grund des Gesetzes vom 30. September 1873 angekauften Effekten
eins der Finanzverwaltung vollkommen ordnungsmäßig und den ge-
setzlichen Vorschriften entsprechend verfahren worden ist.
Abg. Richter (Hagen): Es handelt sich bei dem Antrage nicht
darum, ein Vertrauen- oder Mißtrauensvotum, sondern einfach, eine
Erklärung abzugeben über ein in der Vergangenheit liegendes Ver-
fahren im Anschlusse an die bereits in der Gruppe abgegebene Erklä-
rung. Es handelt sich darum, die heutige Debatte formell abzuschließen,
die Meinung des Hauses auch nach außen hin klar erkennen zu
lassen und wir können in diesem Beschlusse dazu nur bestärkt
werden, wenn so allgemeine Andeutungen, daß etwas faul sein müsse,
wie sie Abg. Windthorst gemacht hat, hier erhoben werden. (Zustim-
mung.) Ich würde auf den Umstand, daß der Finanzminister bei eini-
gen Mitgliefern der damaligen Kommission, zu der ich nicht gehöre,
Rückfrage gehalten hat über die Zweckmäßigkeit der anzukau-
fenden Papiere, überhaupt kein Gewicht legen, denn eine bessere
Autorität als das Gutachten einer solchen Kommission waren für
den Finanzminister die Reichsgesetze, welche den Kreis für die
Anlegung der Reichsgelder geeigneten Papiere bestimmten. Ich
muß aber darauf zurückkommen, weil von Seiten der Abgeordneten
von Below und Windthorst der Vorgang nicht ganz thatsächlich
berichtet worden ist. Der Finanzminister hat sich nicht an zwei
beliebige Mitglieder der Kommission gewandt, sondern an ihren Prä-
sidenten, den gegenwärtigen Minister Friedenthal, der wieder die Mit-
glieder der Kommission gefragt hat, wie sie darüber dächten. Der
Name des Abg. Kasper ist bloß darum besonders hervorgehoben wor-
den, weil er abweichend von den anderen Kommissionsmitgliedern
nicht Bombardirung für eine geeignete Anlage gehalten hat. In-
dessen ich halte diesen Umstand für durchaus gleichgültig, wenn man
auf den Vorgang des Reiches folgen kann. Herr von Below
gegenüber freue ich mich konstatieren zu können, daß er seinerseits jeden
Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten, welche an diese Frage an-
knüpft, geknüpft worden sind, auf das Entscheidende zurück-
weisen hat. Ich empfinde darüber eine um so größere Genugthuung,
als in den letzten Tagen das offizielle Organ der Steuer- und Wirth-
schaftsreformer, das von ihm mit unterhalten wird und zu dessen
Aufsichtsrath ein Mitglied dieses Hauses, der Abg. von Büsse, gehört,
wieder die nichtsnützigsten und abscheulichsten Angriffe gegen die
parlamentarische Mehrheit in Bezug auf solche Anläufe erlaubt hat.
Wenn auf diese Weise künstliche Mißtrauen gegen die gesetzgebenden
Körpern gefügt wird, kann es allerdings notwendig werden, durch
öffentliche Diskussion solcher Mißtrauen zu beseitigen, obwohl
eine solche Nothwendigkeit traurig ist. Auch der Abgeordnete
von Kardorff hat indirekt den Vorwurf erhoben, daß nicht
Bündnisse für die Fonds angekauft sind. Die Eisenbahn-
prioritäten haben wir wohl für das Definitivum beim
Reichs-Invalidentfonds gestrichen, aber für das Provisorium für zu-
läufig erklärt. Pfandbriefe haben wir zu meiner Freude aus dem
Kreis dieser Papiere ausgeschlossen und man hätte dem Minister,
wenn er solche gekauft hätte, einen schwereren Vorwurf machen können.
Pfandbriefe sind nicht Papiere der Provinzen, sondern sie kommen
nur dem großen Grundbesitz im Osten zu Gute. Papiere, welche den
Provinzen in Ganzen zu Gute kommen, sind Eisenbahnprioritäten in
viel höherem Maße, deshalb war ich für die Ausschließung der Pfand-
briefe aus dem Kreise der anzukauenden Papiere. Nebenbei hat sich
Herr v. Wedell-Nachow im Reichstage ausgesprochen, er wolle nicht
einmal Pfandbriefe für die später zu realisierenden Fonds, viel weniger
für den sofortigen Realisirung jeder Provinz in die Hand gegeben
werden. Man spricht von den alten bewährten Grundpfänden der Depo-
sitalordnung. Die Depoitalordnung stammt aus dem Jahre 1873,
also aus einer Zeit, wo man noch keine anderen Papiere hatte als
Pfandbriefe, und wo diese etwas ganz anderes waren, als die heutigen
Pfandbriefe. Damals konnten die Pfandbriefe vom Inhaber gefolgt
werden; als sie unfolgsam wurden, hielt man sie nicht mehr für
ein so sicheres Papier und die Depoitalverwaltungen machten damit
ein so schlechtes Geschäft, daß bei der Auflösung nicht nur der ganze
zur Deckung solcher Verluste bestimmte Fond verloren ging, sondern
noch Staats noch Zuschuß geleistet werden mußte. Später stiegen die
Pfandbriefe wieder, aber noch 1884 standen sie nur 90 pCt., nicht 99
pCt. In den Motiven der Depoitalordnung hielt man den Zeitraum
von zwei Jahren für den Verkauf der geringfügigen Summe von
zwei Millionen Pfandbriefe nicht für ausreichend, um die Grundbesitzer
vor Schaden zu bewahren und wolle solche, die die Vertretung der
Interessen des Grundbesitzes vorzugsweise mit zu ihrer Aufgabe ge-
macht haben, hierin eine Benachtheiligung der Grundbesitzer hinfallen,
daß man sie vor der Eventualität geschützt hat, daß von einer Pro-
vincialverwaltung eine Million solcher Pfandbriefe an den Markt
gebracht werden, wenn sie Geldbedürfnis hat. Die Anschauungen,
welche in Pfandbriefen einen bewährten und in Prioritäten einen
unbewährten Anlageort sehen, sind dieselben wie die des Generalpost-
meisters Nagler über Landposten und Eisenbahnen. (Weiterkeit.)
Herr v. Wedell hielt die Prioritäten im Reichstage auch für besser
als Pfandbriefe. Sein Urtheil über dieselben kann man aber doch
nicht mit dem Cours verändern. Dieselben hatten bis zum Juni
v. J. einen guten Cours; erst als er dann fiel, fing das Herrenhaus
an über die Prioritäten zu sprechen. Es ist wiederholt gesprochen
worden von Beunruhigung und großer Aufregung im Lande
und auf den Provinziallandtagen; das veranlaßt mich, noch ein
paar Worte über die Halle-Sorau-Guben-Bahn zu sprechen.
Sie ist bekanntlich eine Gründung des Herzogs von Ujest. Weil im
Folge des Stroußberg'schen Systems der Generalentreprise und der
unlängigen Anschläge das Kapital nicht ausreichte, — auch darum nicht,
weil die Baunternehmer den Gründern, darunter dem Herzog v. Ujest,
Provisionen zahlen mußten — mußte man diese Prioritäten ausgeben.
Vergleichen Sie die Verhandlungen des schlesischen Landtags. An
der Spitze der Opposition steht der Herzog von Ujest, der der Staats-
regierung vorwirft, daß sie absolut werthlose Papiere gekauft hat.
Es scheint, daß für diese Herren das Wort nicht
gilt, daß wer in einem Glashaufe wohnt, sich hüten soll, mit Steinen
zu werfen. Im Uebrigen werde ich auf die Halle-Sorau-Guben-
prioritäten zurückkommen bei der speziellen Berathung. Ich bin aller-
dings der Ansicht, daß diese Prioritäten an Sicherheit mit den ande-
ren Papieren nicht verglichen werden können, aber der Finanzminister
kann zu seiner Rechtfertigung anführen — und ich wundere mich,
daß er aus Bartsgefühl gegen die Verwaltung der Seehandlung unter-
lassen hat — daß die Seehandlung beim Ankauf seinen Auftrag über-
trug. Der direkte Befehl des Ministers ging dahin, 4 1/2 Proz.
Prioritäten anzukaufen, während die Seehandlung in den Halle-Sorau-
Guben-Prioritäten 5 Prozentige kaufte. Ich will die Anlage in Halle-Sorau-
Guben-Prioritäten nicht vertheiligen. Die Angaben des Abg. v. We-
dell darüber sind richtig, doch würden ebenso detaillierte Angaben den
wahren Werth der Hannover-Altenbeken- und Berlin-Güter-Bahn
vergeben haben. Ich hatte auch die Absicht, den Provinzial-Land-
tagen statt der Papiere bares Geld mit drei Prozent anzubieten. Ich
habe mir bloß, daß vom Standpunkte der Provinzial-Landtage es
nicht richtig gewesen sein möchte, auf dieses Anerbieten einzugehen.
Ich selbst würde als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ent-
schieden abtraten, auf ein solches Geschäft einzugehen. Es kommt hin-
zu, daß jener Coursrückgang der Prioritäten nur ein momentaner ge-
wesen ist. Der wesentlich mit dem hohen Discont zusammenhängend; seit-
dem der Discont gefallen, stiegen auch die Prioritäten und würden
sogar höher stehen, wenn die wiederholten parlamentarischen Verhand-
lungen nicht gewesen wären. Wenn man nun die Provinzial-Landtage
im Umlauf hätte veranlassen wollen, so würde der Cours während
der Zeit vielleicht sich geändert haben, viele Landtage wären auch über-
haupt nicht auf den Tausch eingegangen, sicher ist aber, daß die Dis-
cont und Reisekosten der Provinzial-Landtagsabgeordneten mehr betra-

gen würden, als die ganze Geschichte werth ist. (Weiterkeit.) Nachdem
uns das klar geworden, haben wir von jeder Initiative in dieser Rich-
tung abgesehen, obgleich ich mit dem Abg. v. Kardorff der Meinung
bin, daß es besser gewesen wäre, dadurch der Sache von vorn-
herein die Spitze abubrechen, wenn es nicht aus den Gründen,
die ich angeführt, unmöglich wäre. Ich bedauere, daß in dieser
ganzem Sache die Frage, wie die künftige Courssteigerung am
3. Januar gekommen, eigentlich dunkel bleibt. Allerdings ist klar, die
Regierung hatte gar kein Interesse an dem Cours; auch ist festge-
stellt, daß, ob der Cours so oder so war, es sich nur um wenige 100
Thaler Unterschied auch für die Provinzialfonds handelte. Daß die
Börse bereits am 3. Januar, wo der Cours notirt war, durchaus
nicht unbefangen war in der Sache, geht daraus hervor, daß an dem-
selben Tage von einem Mäler der Börse mir ein Brief übersandt
wurde, der auf diesen gestiegenen Cours aufmerksam macht unter
Angriffen auf die Finanzverwaltung und unter Hinweis auf das Dis-
contgesetz. (Hört! hört!) Nun kommt für mich ein Zweites hinzu,
was es mir wünschenswerth machen würde, Aufklärung in der Sache
zu erhalten. Es ist in den letzten Tagen die Rede gewesen von dem
Präbureau, dem literarischen Bureau des Staatsministeriums, und
es ist in Folge dessen ein Artikel in der „Provinzialkorrespondenz“ er-
schienen, welcher gesagt hat, die von dem literarischen Bureau des
Staatsministeriums verbreiteten Korrespondenzen hätten die Aufgabe,
das Land über die Auffassungen des Staatsministeriums über manche
Vorstellungen aufzuklären. Ich habe nur einen solchen sog. „Wach-
zettel“ vom 26. Januar vor mir, darin ist auch von unserer Berathung
in der Gruppe die Rede und es heißt darin: „Was das bekante
Börsemanöver betrifft, so ist dasselbe von Freunden der Regierung
gewiß nicht ausgegangen. Vielleicht bringen die Prozeßverhand-
lungen gegen die „Eisenbahn-Zeitung“ Licht in die dunkle
Sache“. Sie sehen, meine Herren, mitunter hat das literarische Bu-
reau der Staatsregierung auch die Aufgabe, Räthsel aufzugeben. Das-
selbe literarische Bureau hat in anderen derartigen Korrespondenzen
die Frage aufgeworfen, ob hinter der „Eisenbahn-Zeitung“ nicht der
Geheimrath Wagner stehe und ob man nicht bei Konfiskationen die-
ser Zeitung hinter diese Verbindung kommen könne. Ich bedauere um
so mehr, daß diese Räthsel nicht gelöst werden, als es mir danach
scheint, daß man im literarischen Bureau der Staatsregierung der
Ansicht ist, daß hier das Ende eines der Fäden sei, welche Wagner
nach seiner Rückkehr von Barzin zu spinnen sich veranlaßt sah. (Be-
wegung.)
(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.
△ Berlin, 1. März. Was wir gestern über die stattfindenden
Berathungen wegen event. Hülfsleistung an die durch die
Ueberschwemmung heimgekehrten Distrikte berichteten, wird
heute von der „Prov.-Korr.“ ergänzt. Bis jetzt ist außer in der Pro-
vinz Posen Staatshilfe zur Abwendung des Nothstandes nicht in
Anspruch genommen worden. Dadurch wird aber nur die augenblick-
liche Situation charakterisirt und erst das Ergebnis umfassender Er-
mittelungen über den angerichteten Schaden wird die fernere Thätig-
keit der Regierung bestimmen können: wobei namentlich in Er-
wägung zu ziehen sein wird, welche Maßregeln zu ergreifen
wären, um der Wiederkehr ähnlicher Nothstände in Zukunft vorzu-
beugen.

Lokales und Provinzielles.
Posen, 2. März.
Der Wasserstand der Warthe, welcher gestern 18
Fuß 5 Zoll betrug, ist um 2 Zoll gefallen, und betrug heute Morgens
7 Uhr 18 Fuß 3 Zoll. Es war hier ein Fallen zu erwarten, da von
Dienstag zu Mittwoch in Neustadt a. W. das Wasser von 4,38 auf
4,26 M. d. h. also um 12 Centimeter = 4 1/2 Zoll gefallen war. — Durch
das Hochwasser ist an der Südseite des Wagenbergungsplatzes der
Oberschlesischen Eisenbahn, welcher in gleicher Höhe mit dem Eisen-
bahndamm der Posen-Thorner Bahn an der Dominikanerwiese auf-
geschüttet ist, ein Theil hinweggerissen worden, so daß das eine Eisen-
bahngleis dieses Vergungsplatzes in einer Länge von ca. 300 Fuß
herabgesunken ist. — Ein Theil der Futtermauer oberhalb der Schrod-
brücke ist eingestürzt. Da ein weiterer Nachsturz zu befürchten ist, und
dadurch der Straßendamm auf Ostrowel gefährdet erscheint, so ist die
Passage über denselben für Fuhrwerke gesperrt worden, und haben
dieselben den Weg über die Domschleife zu nehmen.
Birnbaum, 1. März. (Schwaffer. Da m m b r u d.) Der
Wasserstand der Warthe hat heute Abend 6 Uhr die Höhe von
14 Fuß 6 1/2 Zoll erreicht, übertrifft also den Wasserstand von 1871
um 1 1/2 Zoll und es fehlen zum Wasserstand von 1855 nur etwa noch
2 bis 3 Zoll. Das Wasser steigt noch immer, wenn auch sehr lang-
sam. Die Brücken sind bis jetzt erhalten, der Eisgang ist vorüber und
und aus diesem Grunde ist auf die Hülfsleistung des versprochenen
Bionier-Kommandos verzichtet worden. Seit früh hat bei Neuhäus,
dem Oberst von Enkebart gehörig ein Dammbruch stattgefunden und
es sind dadurch weite Strecken unter Wasser gelegt worden. Auch bei
Watz e soll die Gefahr groß sein und namentlich steht die Charlott-
tenhütte mit den dazu gehörigen Wohngebäuden tief unter Wasser.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Wien, 1. März. Monatsausweis der österreichischen Na- tionalbank*)			
Notenumlauf	281,713,960	Abnahme	1,508,840 Fl.
Metalldas	136,591,100	Zunahme	2,022,825 "
In Metall zahlbare			
Bechsel	11,369,500	Zunahme	253,159 "
Staatsnoten, welche			
der Bank gehören	2,655,900	Abnahme	645,612 "
Bechsel	105,785,896	Abnahme	3,515,045 "
Lombard	29,455,200	Abnahme	1,071,900 "
Eingelöste und hie- senmäßig ange- kaufte Pfandbriefe	5,460,894	Abnahme	69,180 "

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 1. Februar.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.
Magdeburg, 1. März. Die Kaiserin traf heute Vormittag hier-
selbst ein, wurde von der Bevölkerung mit lebhaften Kundgebungen
empfangen und präsidirte der gemeinschaftlichen Konferenz des hiesigen
vaterländischen Frauenvereins und des Hilfskomites für die Ueber-
schwemmten. Nachdem der Oberpräsident v. Patow über die seitens
der Regierung getroffenen Maßregeln berichtet hatte, sprach die Kai-
serin ihre Befriedigung über die entwickelte Hilfsthätigkeit aus. Hierauf
stiftete der Bürgermeister von Schönebeck Bericht ab. Sodann sprach
der Vorsitzende des vaterländischen Frauenvereins den Dank des Ver-
eins für das übersandte Geschenk aus, worauf die Kaiserin ihre besten

Wünsche für das gesegnete Wirken des vaterländischen Frauenvereins
ausdrückte. Die Kaiserin verließ nach zweistündigem Aufenthalte unter
den Hochrufen der Bevölkerung die Stadt.

Lambert's Concert-Saal. CONCERT zum Besten der Ueberschwemmten Posens Donnerstag den 9. März 1876.

Die Noth, in welche viele ärmere Familien der Bevölkerung unserer
Stadt durch die Ueberschwemmung gerathen sind, ist eine außerordentlich
große.
Um zur Linderung derselben auch ein Scherlein beizutragen, laden
die Unterzeichneten die hiesigen Bewohner Posens und seiner Umgebung
zum recht zahlreichen Besuche eines für den angegebenen Zweck zu veranstal-
tenden Wohlthätigkeits-Concerts ergebenst ein. Mitwirkende sind: Fräulein
Elisbeth Doniges aus Breslau, geehrte Mitglieder des Gen-
ossenschaftlichen Gesangsvereins, andere geschätzte Dilettanten, sowie die
Kapelle des 1. Westpr. Grenadier-Regiments Nr. 6.
Ueber den Ertrag und seine Verwendung wird öffentlich Rechnung
gelegt werden.
Nummerirte Billets à 1 Mark 50 Pf., Sitzplätze à 1 Mark
sind zu haben in der Hof-Buch- und Musikalienhandlung von Ed. Bote
& S. Bod.
Anfang 7 Uhr Abends.
Sellgo, Regierungs-rath. Bauer, Oberpost-rath.
Dr. Barth, Seminar-Director. Dr. Mayor, Oberstabs-
u. Garnison-Arzt. Schmack, Hauptm. u. Comp.-Chef.
G. Hennig, Dirigent eines Musik-Instituts.
W. Appold, Kapellmeister.

Telegraphische Börsenberichte. Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. März. Nachmitt. 2 Uhr 30 Min.
Fest bei wenig belebtem Geschäft. Privatbank 2 1/2 Proz.
[Schlußkurs] Konsober Wechsel 204.65. Partier Wechsel 81.37. Wie-
ner Wechsel 176.80. Franzosen*) 251 1/2. Böhm. Wechs. 160 1/2. Lombard
172. Galizier 172. Elisabethsbahn 142 1/2. Nordwestbahn 122 1/2.
Kreditaktien*) 156 1/2. Russ. Bodenr. 85 1/2. Russen 1872 99 1/2. Silber-
renten 64 1/2. Papierrente 60 1/2. 1860er Loose 114 1/2. 1864er Loose
—, 00. Amerikaner de 1885 101. Deutsch-österreich. 90 1/2. Berliner
Bankverein 79 1/2. Frankfurter Bankverein —. do. Wechselbank 77 1/2.
Bankaktien —. —. Meininger Bank 76 1/2. Hann'sche Effektenbank
—. Darmstädter Bank 110 1/2. Hess. Ludwigsb. 100 1/2. Oberhessen 72 1/2.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 155 1/2, Franzosen 251, Lombard
172, Reichsbank 158 1/2.

*) per medio resp. per ultimos.
Wien, 1. März. Die Geschäftstille drückte, Bahnen vernach-
lässigt, Silber matt.
[Schlußcourse.] Papierrente 68, 05. Silberrente 72, 80. 1854er
Loose 106, 75. Bankaktien —. —. Nordbahn 1830. Kreditaktien
176, 20. Franzosen 253, 00. Galizier 194, 50. Nordwestbahn 137, 50.
do. Lit. B. 52, 50. London 114, 75. Paris 45, 60. Frankfurt 56, 10.
Böhm. Wechselbank —. 00. Kreditloose 165, 00. 1860er Loose 111, 50.
Lomb. Eisenbahn 108, 00. 1864er Loose 133, 00. Unionbank 73, 50.
Anglo-Austr. 89, 50. Austro-türkische —. —. Napoleons 9, 17 1/2. Du-
lanten 5, 39 1/2. Silberrenten 102, 50. Elisabethsbahn 162, 00. Ungarische
Kreditanleihe 73, 70. Deutsche Reichs-Banknoten 56, 47 1/2. Türkische
Loose 26, 00. —. Abends. Abendbörse. Kreditaktien 176, 40.
Franzosen 252, 75. Galizier 194, 75. Anglo-Austr. 89, 90. Union-
bank —. —. Lombarden 107, 75. Egyptian —. —. ungarische Kredit —.
Napoleons 9, 18.

London, 1. März. Nachmitt. 4 Uhr. Konsols 94 1/2. Italien.
5proz. Rente 70 1/2. Lombarden 9 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte
9 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871
97 1/2. 6proz. Russ. de 1872 —. Silber 52 1/2. Türkl. Anleihe de
1865 19 1/2. 5proz. Türken de 1869 22 1/2. do. de 1870. Vereingl. St. pr.
1835 104 1/2. do. 5proz. fundirte 106 1/2. Deutscher. Silberrente
—. Deutscher. Papierrente —. 6prozentige ungarische Staats-
bonds 92 1/2. 6prozentige ungarische Staatsbonds II. Emission 90 1/2.
Spanier 18 1/2. 5proz. Peruaner 34. —. Wechselnotirungen: Berlin
20, 65. Hamburg 3 Monat 20, 65. Frankfurt a. M. 20, 65. Wien
11, 72. Paris 25, 40. Petersburg 30 1/2. —.
Platzdiskont 3 1/2. Procent. —. In die Bank flossen heute —
Pfd. Sterl.

Paris, 1. März. Nachm. 3 Uhr. Liquidation für französische
Renten sehr günstig, Geld flüssig. Reports unbedeutend. (Schluß-
kurs.) 3prozentige Rente 66, 82 1/2. Anleihe de 1872 103, 67 1/2. *)
Italienische 5proz. Rente 70, 95. Italienische Tabakaktien —. —.
Ital. Tabakoblig. —. —. Franzosen 255, 00. Lombard. Eisenbahn-
Aktien 240, 00. Lombard. Prioritäten 237, 00. Türken de 1865 20, 10.
Türken de 1869 126, 00. Türkenloose 57, 00. Kredit mobiler 196,
Spanier erler 18, 56 do. inter. 16 1/2, Peruaner —, Societe generale
535, Egyptian 315, Suezkanal-Aktien 751, Banque ottomane 440.
Wechsel auf London 25, 16 1/2.

*) do. pr. Ende März 103, 87 1/2.
Neu-York, 1. März. Abends 6 Uhr. [Schlußkurs.] Gold-
Notirung des Goldagio 14 1/2, niedrigste 14. Wechsel auf London
in Gold a. D. 86 C. Goldagio 14 1/2. Bonds de 1885 117 1/2. do.
neue 5proz. fundirte 118 1/2. do. Bonds de 1887 121 1/2. Erie-Bahn 18.
Central-Pacific 108 1/2. New-York Centralbahn 115 1/2. Baumwolle in
New-York 12 1/2. Baumwolle in New-Orleans 12 1/2. Weich 5 D. 05 C.
Kaffin. Petroleum in New-York 14 1/2. do. Philadelphia 14. Weizen
Frischjahresweizen 1 D. 36 C. Mais (old mixed) 68 C. Ruder (Fair
refining) (Nassobach) 7 1/2. Kaffee (Rio) 17 1/2. Sped. (Short clear 12 1/2.
Schmalz (Marke Winkor) 13 1/2 C. Getreidefracht 7 1/2.

Produkten-Course.
Danzig, 1. März. Getreide-Börse. Wetter: trübe mit
Schneefall. Wind: W.
Seit heute Morgen ist das Eis auch unterhalb hier in den Gang
gekommen, und nun die Stromschiffahrt der Weichsel frei.
Weizen loco, wieder sehr geringe Angebots, fand nur langsam
Kauf zu unveränderten, für Mittelwaare schwach besappten
Preisen. 200 Tonnen wurden verkauft, und ist bezahlt für Sommer-
127, 128 Pfd. 187 M., roth 134 Pfd. 194 M., grau glatt 126 Pfd.
193, 196 M., hellbunt 124 Pfd. 200 M., 128—9, 130—1 Pfd. 203 M.,
weiß 130—1 Pfd. 207, 208 M., außerdem 20 Tonnen alt hochbunt
132 Pfd. 215 M. per Tonne. Termine ruhig, Angebot fehlt. April-
Mai 201 M. bez. und Gd., 203 M. Br., Mai-Juni 204 M. Br.,
Juni-Juli 204 M. Gd. Regenerungspreis 198 M.
Roggen loco ist 120 Pfd. mit 146 M. pr. Tonne bezahlt.
Termine stille, April-Mai 145 M. Br., — Mai-Juni inländischer
151 M. Br. Regenerungspreis 146 M. — Kleesaat loco rothe 129
M. pr. Rio bezahlt. — Spiritus loco wurde zu 45,50 M. gekauft.
Getreide-Befände am 1. März 1876: Weizen 30,309 Tonnen,
Roggen 3376 To., Gerste 1025 To., Hafer 114 To., Erbsen 329 To.,
Rüben 45 To., Leinsaat 35 To.

Berlin, 1. März. Wind: SO. Barometer 27,11. Thermometer + 9 R. Witterung: heiter.

Nr. 0 u 1 25,50—24 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22 Rm., Nr. 0 u 1 21—19 50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack, per diesen Monat 20,70—20,65 Rm. bz., März-April do., April-Mai 20,85 bz., Mai-Juni 20,70—20,95 bz., Juni-Juli 21,05 bz., Juli-August do. (B. u. S.-B.)

Breslau, 1. März [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] —
Reesaart, rotbe, ruhig; ordinär 48—51, mittel 54—57, fein 59—62,
 hochfein 64—66 — **Reesaart**, weiße, unverändert; ordin. 55—61,
 mittel 65—71, fein 75—80, hochfein 82—87. — **Waggen** (per 2000 Pfd.)
 fester, abgel. Kündigungssch. —, per März u. März April 143.50 B.,
 April-Mai 145—144.50 B., B. u. G., Mai-Juni 147.50 B., Juni-Juli
 150.50 B. u. G., Sept.-Okt. 153.50 G. — **Weizen** 183 B., per April-
 Mai 185 B. — **Gerste** 144 B. — **Safer** 163.50 B., April-Mai
 161.50 B. — **Raps** 300 B. **Rübbi** geschäftslos, loco 65 B., per
 März 62.50 B., April-Mai 62 B., Mai-Juni 63 B., Sept.-Okt. 63.50
 B. — **Spiritus** fest, loco 44 B., 43 G., per März u. März April
 44.70 B., April-Mai 45 B. u. G., Mai-Juni 46 B., Juni-Juli 47 B.,
 Juli-August 48 B., August-Sept. 48.80 G. — **Zink** ohne Umsaz.
 Die Börsen-Kommission. (Br. S. B.)

bez. u. G. Gerste und Hafer ohne Handel. Erbsen ohne Umloß.
Weißes Hütle, per 2000 Pfd. loco 122 Mt. bez., Wintererbsen ge-
schäftsfähig, per 2000 Pfd., pr. April-Mai 303 Mt. Br., per Sept.-Okt.
287 50 Mt. nom. Rübsen mattr, per 200 Pfd. loco süßes ohne
Faß 64 50 Mt. Br., März 63 50 Mt. Br., April-Mai 63,25—63 Mt.
bez., Mai-Juni 64 Mt. Br. u. Gb., Sept.-Okt. 64 Mt. Br. Spitzkorn
mattr, per 10,000 Pfd. net loco ohne Faß 43 90 Mt. ba., März 44 80
Mt. nom., Frühjahr 45,70 Mt. bez. u. Br., Mai-Juni 46 50 bez., Juni-
Juli 47 50 Mt. Br. u. Gb., Juli-August 48 50 Mt. Br. u. Gb.,
Aug./Sept. 49 60—49 50 Mt. bez. — Angemeldet: Weichs. Petro-
leum loco 13,10 Mt. bez., per Sept.-Okt. 11,70 Mt. Br. (Df. Br.)

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Dfls.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
1. März.	Nachm. 2	27° 9''' 59	+ 2° 6	ND 1	trübe, Ni.
"	Morgs. 10	27° 8''' 67	+ 0° 6	D 2	halbbetter. St.
2. "	Morgs. 6	27° 6''' 99	+ 2° 5	GD 0-1	bedeckt, Rd.

Rosen, am 1. März Mittags 18 Fuß 5 Zoll.
 " " 2. " früh 8 Uhr 18 " 3 "

Aquarium, Südenbe, Reichsbau und Rummelsburg belebt. An-
werthe sehr still, jedoch fest, namentlich Preussische Fonds und Ban-
briefe. Fremde Fonds fest, Österreichische 1860er Loose stetig. Andere
Loospapiere still. Geld flüssig. Um die Mitte der Börsenzeit trat
eine ziemlich allseitige Abschwächung ein. — Per Ultimo notiren wir:
Franzen 503,50 — 4 — 3. Lombarden 190 — 189 — 191. Kreditaktien 314
bis 5 3. Laurabütte 59 — 9,75 — 9,50. Diskonto-Kommandit-Antheile
127 — 7,25 — 6,50 — 126,75. Reichsbank 158 50 — 8,75. Arenberger ver-
loren 2, Viehwart 3/4 Prozent, Bochumer gewonnen 2 Prozent. —
Der Schluß war fest. — Die „Ag. am.“ meldet: Wien, 1. März.
§ 1 der Regierungsvorlage, betreffend die Garantie-Erhöhung der
Kais.-Oderberger Bahn, ist angenommen.

omm III. 13.	100	5	100,25	b ₃	
Dr. B.-G.-Br. b.	5		99,50	b ₃	⊗
do. unfr. rüd3.	110	5	103,40	b ₃	⊗
do. do.	100	5	101,00	b ₃	
Dr. G.-Pfb. fd.	4 $\frac{1}{2}$		100,00	b ₁	
do. unfr. rüd3.	110	5	107,00	b ₃	⊗
do. (1872 u. 74)	4 $\frac{1}{2}$		98,50	b ₁	
do. (1872 u. 73)	5		101,50	b ₃	
do. (1874)	5		101,50	b ₃	
Dr. Hyp.-A. B. 120	4 $\frac{1}{2}$		99,00	b ₃	⊗
do. do.	5		100,00	b ₃	⊗
Schlef. Bod.-Cred.	5		100,00	b ₃	⊗
do. do.	4 $\frac{1}{2}$		94,00	b ₃	
Stett. Nat.-Hyp.	5		101,00	b ₃	⊗
do. do.	4 $\frac{1}{2}$		98,00	b ₃	⊗
Preuss. Land.-Hyp.-	5		100,90	b ₃	
Druckpfeife Oblig.	5		100,90	b ₃	

Merit. rdt. 1881	6	104,75	b ₃
do. do. 1885	6	100,90	b ₃ ☉
do. Bds. (fund.)	5	102,00	b ₃ ☿
borneg. Anl.	4½	97,30	B
new-Yrk. Stdt-A	7	102,50	B
do. Goldanl	6	102,00	B
new Jersey	7	92,70	B
Deft. Pap.-Rente	4½	60,10	B ₃
do. Silb.-Rente	4½	64,30	b ₃
do. 250 fl. 1854	4	107,00	☉
v. Gr. 100 fl. 1858		338,25	b ₃
v. Sott.-A. v. 1860	5	114,70	b ₃
v. do. v. 1864		Ziehung	
ing. St.-Silb.-A	5	73,00	☉
do. Poofe		163,00	b ₃
do. Schatzsch. 1	6	93,40	b ₃
do. do. kleine 6		93,70	b ₃
do. do. II. 6		92,10	b ₃
italienische Rente 5		71,25	b ₃ ☉
do. Tabat-Obl. 6		100,60	b ₃ ☉
do. do. Actien 6			
rumänier	8	103,50	b ₃
uff. Nicol. Obl. 4		84,25	☉
do. Centr.-Bod. 5		90,50	b ₃ ☿
do. Engl. A. 1822 5		101,25	☉
do. do. A. v. 1862 5		99,50	b ₃
uff. Engl. Anl. 3		70,50	☉
uff. fund. A. 1870 5		105,75	a ₃
uff. conf. A. 1871 5		99,50	b ₃
do. do. 1872 5		99,70	☉
do. do. 1873 5		99,60	b ₃
do. Bod.-Credit 5		85,60	b ₃ ☉
do. Pr.-A. v. 1864 5		176,25	b ₃
do. do. v. 1866 5		175,90	b ₃
do. 5. A. Stiegl. 5		82,10	B
do. 6. do. do. 5		97,40	☉
do. Pol.-Sch.-D. 4		86,75	b ₃
do. do. kleine 4		85,00	B
Join. Pfdb. III. C. 4			
do. do. 5		77,40	b ₃ ☉
do. Liquidat. 4		68,40	b ₃
Lürt. Anl. v. 1865 5		19,75	b ₃
do. v. 1869 6			
do. Poofe vollgez. 3		43,75	b ₃

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 S.	
do. 109 fl. 1 M.	
London 1 £str. 8 S.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 fr. 8 S.	
Blg. Btpl. 100 g. 8 S.	
do. do. 100 g. 2 M.	
Wien Bft. Währ. 8 S.	176,85 bz
Wien Bft. Währ. 2 M.	175,75 bz
Petersb. 100 R. 3 M.	263,65 bz
do. 100 Rub. 3 M.	261,50 bz
Marigau 100 R. 8 S.	264,20 bz

Rechno in Amsterdam 3,	Bremen
Brüffel 3½,	Frankfurt a. M.
Hamburg,	Leipzig
London 4,	Paris
Petersburg 5½,	Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Actien.	
Badische Bank	4 103,90 bz
Bl. f. Rheinel u. Weßf	4 63,10 bz
Bl. f. Sprit- u. Pr. H.	4 61,00 bz
Berliner Bankverein	4 80,00 bz
do. Comm. u. B. Sec	4 64,50 G
do. Handels Ges.	4 88,75 bz
do. Raffin.-Berein	4 190,00 B
Breslauer Disc.-Bl.	4 64,60 bz

Centralf. Ind. u. S.	4	68,25	b ₃	⊗
Sent.-Genossensch. B.	fr.	91,50	⊗	
Chemnitzer Bank-B.	4	77,25	B	
Schuriger Credit-B.	4	64,50	b ₃	
Höln. Wechselbank	4	76,00	⊗	
Danziger Bank	fr.	59,75	B	
Wangiger Privatbank	4	115,10	⊗	
Darmstädter Bank	4	110,90	b ₃	B
do. Zettelbank	4	96,00	b ₃	⊗ B
Deffauer Creditbank	4	10,60	78,00	⊗
do. Landesbank	4	113,25	⊗	
Deutsche Bank	4	78,50	b ₃	⊗ [⊗
do. Genossensch.	4	89,00	b ₃	95,00
do. Hyp.-Bank	4	93,00	b ₃	⊗
do. Reichsbank	fr.	158,75	b ₃	
do. Unionbank	4	78,50	b ₃	B
Disconto-Comm.	4	127,00	b ₃	
do. Prov.-Discont	4	76,00	b ₃	B
Generer Bank	4	83,50	b ₃	
do. Creditbank	4	52,00	b ₃	⊗
Gew.-B. S. Schuster	4	12,40	b ₃	⊗
Gothaer Privatbank	4	90,75	⊗	[b ₃
do. Grundcreditbk	4	108,50	b ₃	⊗ 100
Hypothek. (Häuser)	4	126,25	b ₃	⊗
Königsb. Vereinsbank	4	83,10	⊗	
Leipziger Creditbank	4	121,50	b ₃	⊗
do. Discontobank	4	73,00	⊗	
do. Vereinsbank	4	85,50	b ₃	⊗
do. Wechselbank	4	67,25	b ₃	⊗
Magdeb. Privatbank	4	104,50	⊗	
Mecklenb. Bodencredit	4	74,00	b ₃	
do. Hypoth. Bank	4	68,25	B	
Meininger Creditbank	4	76,00	b ₃	⊗
do. Hypothekenbk.	4	99,50	b ₃	⊗
Niederlausitzer Bank	4	83,00	⊗	
Norddeutsche Bank	4	129,00	⊗	
Nordb. Grundcredit	4	101,00	B	
Oesterr. Credit	4			
do. Deutsche Bank	4	90,25	⊗	
Ostdeutsche Bank	fr.	82,00	B	
Pofener Spiritactien.	4	36,00	⊗	
Petersb. Discontobank	4	101,00	B	
do. Intern. Bank	4	97,50	⊗	
Pofen. Landwirthsch.	4			
Pofener Prov.-Bank	4	99,75	b ₃	⊗
Preuß. Bank.-Anth.	4½			
do. Boden-Credit	4	97,00	b ₃	⊗
do. Centralboden.	4	117,70	b ₃	
do. Hyp. Spiels.	4	122,50	⊗	
Product.-Landelsbank	4	84,96	b ₃	
Prov.-Gewerbebk.	4	35,00	b ₃	B
Ritterich. Privatbank	4	123,00	⊗	
Sächsishe Bank	4	120,00	b ₃	⊗
do. Bankverein	fr.	92,25	⊗	
do. Creditbank	4	82,00	⊗	
Schaaffhaus. Bankv.	4	72,25	b ₃	⊗
Schlef. Bankverein	4	82,50	b ₃	
Schlef. Vereinsbank	4	87,25	B	
Südd. Bodencredit	4	110,75	b ₃	⊗
Thüringische Bank	4	73,80	b ₃	⊗
Vereinsbank Quistorp	fr.	9,10	b ₃	⊗

Druckerei Zugenhofer	100,00	Ⓒ
Dannenberg, Rattum	19,75	Ⓒ
Deutsche Bauges.	50,75	b ₃ Ⓒ
Deutsches Eisenb., Bau.	15,00	b ₃ Ⓒ
Dtsch. Stahl u. Eisen	2,50	Ⓒ
Dönnersmarkhütte	19,00	Ⓒ
Dortmunder Union	10,40	b ₃ Ⓒ
Egell'sche Masch. Act.	15,50	b ₃ Ⓒ
Erdmannsd., Spinn.	25,00	Ⓒ
Floß v. Charlottenb.	13,50	b ₃ Ⓒ
Frift u. Rogm. Nähm.	40,00	b ₃ B
Gelefenrich, Bergw.	109,25	b ₃ B
Georg-Marienhütte	77,00	b ₃ Ⓒ
Gibernia n. Shamr.	41,50	b ₃ Ⓒ
Immobilien (Berl.)	81,00	Ⓒ
Kramptz, Leinen S.	86,10	Ⓒ
Kauchhammer	19,00	Ⓒ
Kaurabhütte	59,00	b ₃ Ⓒ
Kaufe Tiefbau-Bergw.	30,00	Ⓒ
Magedeburg. Bergw.	121,00	B
do. Spiritfabrik	19,75	Ⓒ
Marienhütte Bergw.	65,75	B
Messener Bergwerk	23,00	b ₃ Ⓒ
Menden u. Schw. B.	53,25	B
Merschlef. Eis.-Bed.	30,00	b ₃ Ⓒ
Misend	10,00	Ⓒ
Phoenix B.-u. Lit. A.	49,00	b ₃ Ⓒ

Heidenhütte	4	4,10	⊗
Hein.-Kass. Bergwerk	4	89,25	⊗
Hein.-Westfäl. Ind.	4	20,00	⊗
Stobwasser Lampen	4	56,50	⊗
Anton.-Eisenwerk	4	10,20	b ₃ ⊗
Unter den Linden	4	19,25	b ₃ ⊗
Wiesemann Bau-B.	4	36,50	b ₃ ⊗
Wesend (Quittorf)	fr.	4,10	b ₃ ⊗
Wissener Bergwerk	4	32,50	B 13 ⊗
Wöhler Maschinen	4	20,25	b ₃ ⊗

Altona-Kiel	4	25,40	b ₃
Bergisch-Märkische	4	114,00	b ₃
Berlin-Anhalt	4	83,25	b ₃
Berlin-Dresden	4	113,25	b ₃
Berlin-Görlitz	5	29,50	b ₃
Berlin-Hamburg	4	35,50	b ₃
Berliner Nordbahn	4	172,40	b ₃
Brl.-Potsd. Magdeb.	fr.		
Berlin-Stettin	4	78,75	b ₃
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	130,00	b ₃ ☉
Böln-Minden	4	84,75	b ₃
do. Litt. B.	4	101,50	b ₃
do. Litt. B.	5	97,75	b ₃ ☉
Halle-Sorau-Cuben	4	13,80	b ₃
Hann.-Altenbeken	4	18,75	b ₃
do. II Serie	4		
Märkisch-Posener	4	24,00	b ₃
Magd.-Halberstadt	4	65,00	b ₃
Magdeburg-Leipzig	4	228,50	b ₃ ☉
do. do. Litt. B.	4	94,10	b ₃ ☉
Münster-Hamm	4	98,00	B
Niederschf.-Märkisch	4	98,50	B
Nordhausen-Erfurt	4	35,00	b ₃ B
Oberschf. Litt. A. u. O.	3½	143,25	b ₃ ☉
do. Litt. B.	3½	132,40	b ₃ ☉
do. Litt. E.	5		
Ostpreuss. Südbahn	4	28,50	b ₃
Pomm. Centralbahn	fr.		
Rechte Oder-Uferbahn	4	106 105,60	b ₃
Rheinische	4	117,50	b ₃
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,10	b ₃
Rhein-Nahebahn	4	17,25	b ₃
Sargard-Posen	4½	101,30	b ₃
Thüringische	4	114,50	b ₃
do. Litt. B. v. St. gar.	4	91,30	b ₃
do. Litt. O. v. St. gar.	4½	99,90	b ₃
Weimar-Gerar	4½	46,75	b ₃ B

Amsterdamm Rotterdam	4	111,80	⊗
Kuffig Leptitz	4	117,00	b ₃
Baltische	3		
Böhm. Westbahn	5	80,30	b ₃ ⊗
Brest-Gratzbahn	4	26,30	b ₃
Brest-Kiew	4	53,00	b ₃
Dur-Bodenbach	4	8,50	b ₃ ⊗
Fisabetsch-Westbahn	5	71,50	b ₃
Kaiser Franz Joseph	5	62,50	b ₃ ⊗
Galiz. Karl Ludwig	5	86,50	b ₃
Gothard Bahn	6	49,00	B
Raibach-Oderberg	5	52,50	b ₃
Ludwigsh. Verbach	4	177,25	b ₃
Mittlich-Eimbürg	4	23,50	B
Mainz-Ludwigsbürg	4	101,25	⊗
Oberheß. v. St. gar.	3½	72,90	B
Deutr. frz Staatsbahn	4		
do. Nordwestbahn	5	245,50	⊗
do. Litt. B.	5	88,00	⊗
Sachsenb. Nordbütz	4½	58,00	⊗
Kronpr. Rudolfsbahn	5	53,70	b ₃
Kjast. Wyas	5		
Rumänien	4	27,50	27,25b ₃
Russische Staatsbahn	5	104,60	b ₃
Schweizer Unionbahn	4	9,10	b ₃ ⊗
Schweizer Westbahn	4	17,50	b ₃ ⊗
Südöfterr. (Comb.)	4		
Eurnau Prag	4	45,50	b ₃
Goralberger	5	48,60	b ₃
Warschau-Wien	4	206,50	b ₃ ⊗
Eisenbahn-Stammprioritäten			
Alttenburg-Teitz	5		
Berlin-Dresden	5	76,60	⊗
Berlin-Görlitz	5	74,00	⊗
Berliner Nordbahn	fr.		
Breslau-Warschau	5		
Chemn.-Aue-Worff	5	27,70	b ₃

Gera-Plauen	5	16,75	b ₃ Ⓞ
Halle-Straßburg	5	23,90	b ₃ Ⓞ
Hannover-Altenb.	5	36,00	Ⓞ
do. II. Serie	5		
Leipz. Gaschw.-Mö.	5	79,75	b ₃
Märkt. Posen	5	66,25	b ₃
Magdeb. Halberst.	3½	62,50	Ⓞ
do. do.	C. 5	89,00	Ⓞ
Münster-Enschede	5		
Nordhausen-Erfurt	5	36,25	b ₃ Ⓞ
Berkaufster	5	46,50	b ₃ Ⓞ
Nitpreuß. Südbahn	5	71,00	Ⓞ
Recht. Derauer. Bahn	5	108,75	Ⓞ
Rheinische	4		
Rumänische	8	88,00	Ⓞ
Saalbahn	5		
Saal-Unstrutbahn	5	12,50	b ₃ Ⓞ
Elbst.-Zisterburg	5	71,00	B
Weimar-Geraer	5		

Obligationen.			
Nach. Maftricht	4 1/2	91,25	B
do. do.	II. 5	98,50	B
do. do.	III. 5	97,75	B
Berg. Märkische	I. 4 1/2		
do.	II. 3 1/2	98,50	B
do. III. v. St.	g. 3 1/2	85,00	B
do. do. Litt.	B. 3 1/2	85,00	B
do. do. Litt.	C. 3 1/2	76,00	B
do.	IV. 4 1/2	97,00	B
do.	V. 4 1/2	97,00	B
do.	VI. 4 1/2	96,30	B
do.	VII. 5	102,50	B
Nachens Düsseldorf	I. 4	90,75	B
do. do.	II. 4	89,50	B

do.	do.	II.	4 $\frac{1}{2}$	94,50	⊗
do.	Dortm. • Soeft	4		90,00	⊗
do.	do.	II.	4 $\frac{1}{2}$		
do.	Rordb. Gr. B.	5		104,00	⊗
do.	Ruhr-Gr. R.	II.	4 $\frac{1}{2}$	94,00	⊗
do.	do.	II.	4		
do.	do.	III.	4 $\frac{1}{2}$		
Berlin-Anhalt					
do.			4		
			4 $\frac{1}{2}$	99,00	⊗
do.	Litt. B.	4 $\frac{1}{2}$		99,00	⊗
Berlin-Görlitz					
do.	do.	4 $\frac{1}{2}$		102,50	⊗
		4 $\frac{1}{2}$		92,75	b $\frac{1}{2}$ ⊗
Berlin-Hamburg					
do.	do.	II.	4	94,90	b $\frac{1}{2}$
do.	do.	III.	5		
do.	do.	III.	5	104,60	⊗
Berf. • Potsd. • M. A. B.					
do.	do.	C.	4	91,90	b $\frac{1}{2}$
do.	do.	D.	4 $\frac{1}{2}$	96,75	⊗
do.	do.	F.	4 $\frac{1}{2}$	93,25	b $\frac{1}{2}$
Berlin-Stettin					
do.	do.	I.	4 $\frac{1}{2}$		
do.	do.	II.	4	92,50	⊗
do.	do.	III.	4	92,50	⊗
do.	IV. v. Et. g.	4 $\frac{1}{2}$		102,75	b $\frac{1}{2}$
do.	VI. do.	4		92,50	⊗
do.	VII.	4 $\frac{1}{2}$		97,00	⊗

do. do.	Litt. H.	4 $\frac{1}{2}$	91,50	⊗
do. do.	Litt. I.	4	90,00	⊗
Eöln-Minden	IV.	4	92,00	h ₃ ⊗
do. do.	V.	4	91,00	h ₃
do. do.	VI.	4 $\frac{1}{2}$	95,90	h ₃ ⊗
Salz-Sorau-Guben		5	95,00	h ₃
do. do.	II.	5	94,00	⊗
Hannov.-Altenb.	I.	4 $\frac{1}{2}$	94,25	h ₃
do. do.	II.	4 $\frac{1}{2}$		
do. do.	III.	4 $\frac{1}{2}$	87,25	h ₃ ⊗
Märkisch-Posener		5	101,75	h ₃
Magdeb.-Halberstadt.		4 $\frac{1}{2}$	97,50	⊗
do. do. de 1865		4 $\frac{1}{2}$	95,60	⊗
do. do. de 1873		4 $\frac{1}{2}$	93,00	⊗
do. Leipzig de 1867		4 $\frac{1}{2}$	99,00	⊗
do. do. de 1873		4 $\frac{1}{2}$		
do. Wittenberge		3	72,50	⊗
do. do.		4 $\frac{1}{2}$		
Niederschlef.-Märk. I.		4	97,00	⊗
do. II a 6 $\frac{1}{2}$ tskr.		4	96,00	⊗
do. Obl. I. u. II.		4	97,00	⊗
do. do. III. conv.		4	96,50	⊗
Nordhausen-Erfurt I.		5		
Verkehrsliste	A.			

do.	C.	4	
do.	D.	4	
do.	E.	3½	86,00 ₧
do.	F.	4½	101,00 ₧
do.	G.	4½	99,00 ₧
do.	H.	4½	101,00 ₧
do.	v. 1869	5	103,75 ₧
do.	v. 1873	4	
Oberschlef.	v. 1874	4½	97,60 ₧
do. Krieg-Reiße		4½	
do. Cos. Oderb.		4	
do.	do.	5	103,60 ₧
do. Niedersch. Zwgb.		3½	76,80 ₧
do. Starg. Pos.		4	92,50 ₧
do.	do.	II.	44
do.	do.	III.	44
Preuss. Südbahn		5	102,50 ₧
do.	Litt. B.	5	101,50 ₧
do.	Litt. C.	5	101,50 ₧
Reichs. Oder-N.		5	104,00 ₧

do.	v. St. gar.	3 $\frac{1}{2}$	
do.	von 1858,	60	4 $\frac{1}{2}$ 98,75 th
do.	von 1862,	64	4 $\frac{1}{2}$ 98,75 th
do.	v. 1865	4 $\frac{1}{2}$	
do.	1869, 71,	73	5 103,10 th
do.	v. 1874	5	103,20 th th
Rh.-Nahe v. St.	g.	4 $\frac{1}{2}$	102,50 th th
do. ll. do.	g.	4 $\frac{1}{2}$	102,40 th
Schlesw.-Holstein.		4 $\frac{1}{2}$	
Ehüringer		1. 4	
do.	ll.	4 $\frac{1}{2}$	
do.	lll.	4	
do.	V.	4 $\frac{1}{2}$	99,50 th
do.	VI.	4 $\frac{1}{2}$	99,00 th

Ausländische Prioritäten.

do.	do.	11.5	83,50	h
do.	do.	111.5	81,10	h
do.	do.	11V.5	80,25	B
Leimberg-Gzernow.		1.5	69,25	B
do.		11.5	72,10	h
do.		111.5	64,50	h
do.		11V.5	62,80	h
Mähr.=Schlef.	IV.5	fr.	25,00	h
Mainz-Eubwigsafen		5	102,60	B
do.	do.	4½	98,75	B
Desterr.=Franz.	Estsb.	3	320,75	h
do. Ergänzungs	n	3	311,25	h
Desterr.=Franz.	Estsb.	5	97,50	h
do.	11. Em. 5		97,50	h
Desterr. Nordwestb.		5	79,25	h
Dest. Nordwestb. Litt. B.	5		64,80	h
do.	Goldpriorität.	5		
Kronpr. Rud.=Bahn	5		72,25	h
do.	do.	1869.5	70,50	h
do.	do.	1872.5	70,50	h
Rab.-Graz-Pr.-A.		4	77,75	h
Reichsb. Nordbuzb.		5	78,50	h
Südböferr. (Comb.)		3	237,00	h
do.	do.	neue 3	238,00	h
do.	do.	1875.6		

do.	do.	1877	6	104,00	h	
do.	do.	1878	6	81,40	h	
do.	do.	Dbl.	5	88,40	h	
Baltische, gar.				5	78,50	h
Brest-Grajewo				5	97,40	h
Charkow-Niow. g.				5		
do.	in Estr.	a 20	40	5	96,50	h
Charkow-Kremenski.				5	96,50	h
Tely-Drel, gar.				5	96,80	h
Tely-Boron, gar.				5	99,40	h
Koslow-Boron.				5	87,00	h
Koslow-Boron.Dbl.				5	96,90	h
Kursk. Chark. gar.				5	92,00	h
K. Chark.-W. (Dbl.)				5	98,30	h
Kursk.-Riem, gar.				5	95,00	h
Kosowo-Senast				5	101,00	h
Mosco-Niassan, g.				5	97,60	h
Mosk.-Smolensk				5	97,00	h
Schuja-Znamowo				5	96,00	h
Warschau Teresp.				5	96,00	h
do.	do.	kleine	5	99,25	h	
Warschau-Wien				11	96,60	h
do.	do.	III	5	93,25	h	
do.	do.	IV	5	86,75	h	
Warschau-Selo				5		